

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

25 (30.1.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musikstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 S ohne Zustellung. Einzelheft 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonnenzeile 20 S, auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Berlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kaiserstr. 24. Fernsprecher: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Der Micumlasten-Standal

Berlin, 29. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages kam der sozialdemokratische Antrag bezüglich der Entschädigungen für die Micumlasten an die Ruhrindustrie zur Sprache. Staatssekretär Fischer (Reichsfinanzministerium): Nach Aufgabes des passiven Widerstandes haben sich die Industrieen des besetzten Gebietes, insbesondere die Ruhrindustrie, unter dem unmittelbaren Druck der Besatzungsmächte gezwungen, die eigentlichen dem Reich obliegenden Reparationslieferungen zu nächst auf sich zu nehmen und aus eigenen Kräften zu finanzieren. Das war nur möglich, wenn die spätere Erstattung dieser Lasten aus Reichsmitteln zugesagt wurde. Das ist durch die damalige Reichsregierung geschehen. In Ausführung dieser Zusage traf die Reichsregierung mit den bedeutendsten Wirtschaftsgruppen im Laufe der Zeit Abkommen, durch welche eine Vergütung der einwandfrei nachgewiesenen Leistungen bezw. Schäden wenigstens zum Teil vereinbart wurde. Diese Abkommen sind inzwischen zum größten Teil durchgeführt.

In der Aussprache wurde von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite Befremden und Kritik darüber ausgesprochen, daß ohne entsprechende Grundlaagen große Summen an Ruhrindustriellen ausgezahlt worden seien. Wenn die von der Regierung zugesagte Vergütung keine volle Aufklärung über die Sache gebe, soll gegebenenfalls ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. — Die Demokraten beantragten die gesetzliche Regelung der Ansprüche die Verteilung vorzunehmen, daß in erster Linie die wirtschaftlich schwachen Kreise (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Mittelstand und Kleinindustrielle) bei der Entschädigung berücksichtigt werden. Der Vertreter des Zentrums verzichtete nicht, daß auch im besetzten Gebiete über die heute ausgeführte vorzugsweise Behandlung der Ansprüche der Großindustriellen Beunruhigung herrsche. Eine endgültige Prüfung sei jedoch erst möglich, wenn die von der Reichsregierung versprochene Denkschrift vorgelegt worden sei. Inzwischen dürfte aber die Bekanntmachung vom 11. Dez. 24, welche hauptsächlich den mittleren und schwächeren Gewerbetreibenden zugute komme, nicht in ihrer Ausführung gehemmt werden. — Der Sprecher der Deutschnationalen erklärte, bei den bisher erfolgten Zahlungen sei die verfassungsmäßige Genehmigung des Reichstages nicht eingeholt worden. — Der Vertreter der Kommunistischen Partei brachte zwei Anträge ein. Zunächst verlangt sie, daß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Entschädigung von Besetzungsschäden sofort vorlegen soll, wonach eine entsprechende Entschädigung nur an die Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten und Angehörigen des Mittelstandes gezahlt werden soll. In einem Mißtrauensantrag spricht sie außerdem der Reichsregierung

ihre Mißbilligung darüber aus, daß die Regierung ohne entsprechende Grundlage Millionen an die Rheinisch-westfälische Schwerindustrie als angebliche Entschädigung für sogenannte Micum-Reparationslasten ausgezahlt habe. Nach der Debatte gab Fischer Summen der gezahlten Beträge an. Danach erhielten der Ruhrbergbau für die durch die Micumlieferungen erpreßten Reparationslieferungen rund 550 Millionen, die chemische Industrie rund 50 Millionen, der Braunkohlenbergbau des Ruhrgebietes und die Rheinisch-Westfälische Industrie rund 70 Millionen Mark veranschlagt, die zum größten Teil noch nicht bezahlt wurden. Ueber den Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde nicht abgestimmt, da es nicht der Geschäftsordnung des Reichstages entspricht, daß politische Mißtrauensvoten im Ausschluß zur Abstimmung gelangen. — Die Anträge der Sozialdemokratie, die Auszahlung der Ansprüche der Ruhrindustriellen-Geschäftlichen Vereinbarungen sofort einzustellen und die Ausführung der Bekanntmachung über die Ruhrschäden vom 10. 12. 24 vorläufig einzustellen, wurden abgelehnt. Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der eine Vorlegung der Denkschrift über die Vergütung der Schäden verlangt.

Berlin, 30. Jan. (Eigener Funddienst.) Die „Politische Rundschau“ beschäftigt sich heute morgen mit den „Ruhrgeldern“ und schreibt: „Die Auszahlung der durch den Mißtrauensantrag der Ruhrindustrie stellt eine durchaus einseitige Begünstigung der Großindustrie dar. Wir haben in der Geschichte der letzten Kapitalsummenstellungen erlebt, daß diejenigen Banken, die besonders von der Industrie in Anspruch genommen wurden, in einem ungünstigen Verhältnis Vermögensrückgänge erlitten haben, als die Werke, die den Kredit der Banken in Anspruch nahmen. Die Zusammenlegung gerade der großen Industrielieferanten, wie Phönix, Krupp, Rheinische-Union usw. bewegen sich durchschnittlich im Verhältnis von 10—7 und 10—6, während die Banken des Ruhrgebietes ihr Kapital im Verhältnis von 50—1 aufbringen mußten. Diese günstige Position der Industrie findet jetzt ihre Erklärung nämlich darin, daß die Banken doppelt verdient haben, einmal an den Geldern der Bank und zum anderen an den Entschädigungsgeldern des Reiches, verdient auf Kosten zahlreicher mittlerer Industriezweige und schließlich auf Kosten des steuerzahlenden Volkes.“ Das Blatt schließt seine Ausführungen wie folgt: „Das Verfahren in der Ruhrindustriellenfrage läßt nunmehr alle Standauffassungen und -affären in den Hintergrund treten. Auch jetzt in diesem Falle nicht fest, wer die wirklich verantwortlichen Persönlichkeiten sind. Die formelle Verantwortung trifft aber jedenfalls die Leiter derjenigen Behörden, die in der Entschädigungsfrage tätig gewesen sind, und die heute noch an dieser Stelle stehen.“

Reichskanzler Luther will heute Herriot antworten

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die vorgestrige Kammerrede Herriots, wie die Blätter betonen, in Berliner politischen Kreisen starke Enttäuschung hervorgerufen. Bei dem Empfang der ausländischen Presse, der auf heute anberaumt ist, werde Reichskanzler Luther die Antwort der deutschen Regierung auf Herriots Rede geben. Der Reichskanzler hätte es lieber gesehen, wenn er vor dem Plenum des Reichstages die Antwort hätte erteilen können. Da aber der Reichstag erst am 3. Februar zusammentritt, wollte der Reichskanzler die nächste sich bietende Gelegenheit wahrnehmen. Es kann als selbstverständlich gelten, daß der Reichskanzler unter Betonung der Gültigkeit der Verträge und ihrer weiteren Einhaltung den im ganzen Volke als schweres Unrecht empfundenen Vorwurf der Schuld am Kriege zurückweisen wird. Was die angeblichen Verfehlungen angeht, die Deutschland in der Entwaffnungsfrage sich hat zuschulden kommen lassen, so wird betont, daß Herriot durchaus nicht fair gehandelt hat, wenn er Material zitiert, das der Gegenseite nicht bekannt ist.

Die deutsche Presse spricht von einer Flucht Herriots vor dem Reichstag. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Masse des französischen Volkes lehnt unter der Zwangsverpflichtung, daß Deutschland insgeheim gewalttätige Rüstungen betreibt. Wir halten diese Vorstellungen für lächerlich. Es kommt aber bei solchen Vorstellungen nicht darauf an, ob sie richtig oder falsch sind, sondern darauf, ob sie vorhanden sind oder nicht. Sind sie vorhanden, dann werden sie sich als politischer Faktor auswirken. Wäre Herriot stärker als er ist, so hätte er beruhigend wirken und vor Ueberreibungen warnen können. Er ist aber selber in Ueberreibungen verfallen. Er hat alle Rücksicht auf die Stimmung des französischen Volkes genommen und keine auf die Stimmung des deutschen Volkes, das solche Sprache aus solchem Munde nicht versteht. Er hat dem deutschen Nationalismus, den er bekämpfen will, Wasser auf die Mühlen geleitet.

Die deutschnationalen Presse spricht von einer Flucht Herriots zu den Nationalisten, oder, wie die „Kreuzzeitung“ ihre Ausführungen überschreibt, von Herriots wahrem Gesicht. Der „Kölnischer Anzeiger“ erklärt, daß seine Ansicht, wonach mit Herriot kein neuer Geist in die französische Politik eingeblasen sei, nunmehr von Herriot selbst bestätigt werde. Das Blatt unterstreicht die Worte des „Avenir“, daß gestern Poincaré aus dem Munde Herriots gesprochen habe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist nicht der Ansicht, daß der französische Ministerpräsident als Entschädigung für seine Ausfälle gegen Deutschland die geschwächte Lage des Einkaufers in Anspruch nehmen könnte. Aus der großen Aussprache über den Vorkriegsstand beim Kaiser sei Herriot eher gestärkt hervorgegangen. Man müsse feststellen, daß der französische Ministerpräsident seine These von 1924 ohne zwinzenden Druck von rechts verlassen habe, und daß es sich um seinen persönlichen Unfall handle. Dieser Unfall habe für Deutschland einen bitteren Beigeschmack, da es in übermäßigem Vertrauen auf die Aera Herriot-Macdonald die schweren Belastungen des letzten Jahres auf sich genommen habe und nun feststellen müsse, daß nach Übernahme dieser Lasten nichts mehr zu hören sei von dem Geiste der Versöhnung und dem Friedenswerke der Londoner Konferenz.

Aus der französischen Kammer

Erläuterungen zur vorgestrigen Rede Herriots

Paris, 29. Jan. In der heutigen Vormittags-Sitzung der Kammer, in der die Beratung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt wurde, sprach zunächst der sozialistische Abg. Renaudel über die Lage in Rußland. Er befaßte sich mit den imperialistischen Absichten der Sowjets und bedauerte, daß Herriot nicht auf den Vorschlag des Abg. Spinasse nicht eingegangen sei, der vorschlug, die Frage der russischen Schulden dem Völkerbund zu überweisen, genau wie die Regelung der interalliierten Schulden und die Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands. Renaudel sprach alsdann über die allgemeine Politik der Regierung und erklärte, die sozialistische Partei werde die augenblickliche Regierung unterstützen, weil sie den Willen habe, aus der Lage herauszukommen, in die die vier Jahre der falschen Politik Frankreich geführt hätten. Die Regierung müsse das ihrige dazu beitragen, die Frage der Kontrolle der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit zu regeln. — Ministerpräsident Herriot erklärte, er denke wie Renaudel, daß dem Völkerbund die Kontrolle übertragen werden müßte, wenn man den Frieden in Europa und in der Welt wieder herstellen wollte. — Abg. Renaudel erklärte schließlich, daß er das Budget für die auswärtigen Angelegenheiten annehmen werde. — Nach einer kurzen, unerheblichen weiteren Debatte wird die Generaldiskussion über das Budget für die auswärtigen Angelegenheiten geschlossen.

Paris, 29. Jan. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der französischen Kammer fand vor der bereits gemeldeten Abstimmung über den Vorschlag der gestrigen Rede Herriots eine Debatte statt, in deren Verlauf der Ministerpräsident einige seiner Erklärungen erläuterte. Man gewann aus der Debatte den Eindruck, daß die Sozialisten großen Wert auf die Interpretation legen, die Herriot gab.

Ministerpräsident Herriot erklärte: Ich bedauere lebhaft, daß meine gestrige Rede zu Polemiken Anlaß gegeben hat. Ich habe alles Mögliche getan, um dies zu vermeiden; denn wenn diese Rede Nutzen bringen soll, dann doch wenigstens im Innern Frankreichs, um dem Auslande zu beweisen, daß die Demokraten ebenso patriotisch sind, wie irgend jemand sonst. Ich habe gefagt, daß ich in dieser heißen Angelegenheit der Kölner Zone mit aller Macht und mit allen Argumenten diskutieren werde, weil ich angesichts der Ereignisse, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben, jetzt vor der letzten Gelegenheit stehe, die Sicherheitsfrage zu regeln. Ich habe auch gefagt, daß ich um keinen Preis wünsche, daß man annimmt, meine Haltung werde durch den geheimen und nicht zugestandenen Wunsch diktiert, unnötig lange am Rhein zu bleiben. Nach meiner Ansicht sind die drei Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Entwaffnung untereinander zu verbinden. Ich habe eine schwere Verantwortung nicht nur vor der Gegenwart, sondern auch vor der Zukunft, wenn ich gestern deutlich gesprochen habe, so ist es geschehen, um zu beweisen, daß wir Linkseuropäer ebenso wie jeder andere um die Sicherheit Frankreichs besorgt sind. Meine Rede appelliert an die Vernunft, an das Gewissen und die Klugheit der Männer der Freiheit und des Friedens, besonders an die in Deutschland. Nur dadurch allein kann eine Verständigung erzielt werden, die aus der wahrhaft tragischen Lage herausführt, damit endlich alles in Freiheit und Frieden arbeiten kann.

Es entstand hierauf eine Diskussion in scharfen Worten über einen Antrag des Sozialisten Baronne betreffend den Vorschlag der Rede, der der Kammerpräsident Painlevé durch ein Ende machte, daß er für kurze Zeit die Sitzung unterbrach. Nach Wiederaufnahme der Kammer-Sitzung erklärte Herriot, indem er nochmals das Wort ergriff, er bitte die Mehrheit, die seine Partei unterstützt habe, sich durch Kommentare der Gegner nicht den Sinn der Erklärungen, die er gestern gegeben habe, entstellen zu lassen. Was er gestern gefagt habe, entspreche vollkommen der Politik der Sicherheit und des Friedens, die die Regierung betrieben habe.

Es erregte große Heiterkeit, als der kommunistische Abg. Cachin sich erhob und sichtbar vor der ganzen Kammer weisfahlte. Hierauf wird, wie bereits gemeldet, der öffentliche Vorschlag der Rede Herriots angenommen.

Die Wiederherstellung Belgiens

Brüssel, 29. Jan. (Eig. Bericht.) Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Belgiens ist jetzt so gut wie vollendet. Während des Krieges sind 1167 öffentliche Gebäude ganz oder teilweise zerstört worden. Davon sind nunmehr 1027 vollkommen wieder hergestellt und in Gebrauch. Nach dem Waffenstillstand waren 86 000 Hektar Acker und Weideland für die Landwirtschaft und Viehzucht völlig unbrauchbar geworden. Jetzt sind sämtliche Schützengräben und Granatlöcher spurlos verschwunden. Das überschwermette Piergebiet ist ebenfalls ganz trodengelegt. Der belgische Staat hat bisher 1/2 Milliarden Francs an Entschädigungen für erlittene Kriegsschäden ausgezahlt. Insgesamt dürfte sich diese Summe auf 8 Milliarden belaufen. Während der Kriegsjahre sind etwa 350 000 Belgier nach Frankreich geflüchtet, 150 000 nach England und 100 000 nach Holland. Von den Flüchtlingen sind ungefähr 50 000 dauernd im Ausland geblieben, die meisten in Frankreich.

Die Wirtschaft im Westen

(Von unserem Korrespondenten)

Ruhrgebiet, 28. Januar.

In der großen Werkstatt im Westen hämmert und dröhnt es wieder wie einst. Wägen die Spuren der Zählungen und Hemmungen aus der Widerstands- und Müdigkeit noch nicht durchweg verwischt sein, so kommt ihnen doch ein nachhaltiger Einfluß auf den Ablauf des Wirtschaftens jetzt nicht mehr zu. Wohl zählt man hier gegenwärtig noch etwa 75 000 Arbeitslose, darunter 10 645 Bergleute, aber diese Zahlen weichen gegenüber dem Reichsdurchschnitt nur unmerklich ab. Die Berichte der großen Eisenwerke melden ausnahmslos einen guten Auftragsbestand, erfreulicherweise im vermehrten Umfange auch aus dem Auslande. Mindestens bis weit in das Frühjahr hinein wird mit einem nennenswerten Auftragsmangel nirgends gerechnet, ja, da für 1924 ansehnlich der grössten Wohnungsnot in diesem dichtbesiedelten Bezirk größere öffentliche wie auch private Bauprogramme zur Ausführung gelangen werden, ist in dieser Richtung kein Anlaß zu Bedenken zu finden.

Auch der Bergbau hat, was die Förderung anbelangt, die Starre verhältnismäßig schnell überwunden. Die arbeitsfähige Produktion ist mit etwa 370 000 t täglich auf die Vorkriegshöhe, ja an einzelnen Tagen noch darüber hinaus gebracht worden. Diese menschenwürdige Produktionssteigerung ist begleitet von einer ständigen Erhöhung des Leistungseffekts pro Arbeiter, der für die Gesamtbelegschaft bis auf 5 Prozent an den Vorkriegsstand herankommt, für die Sauer ihn bereits übersteigt. Umso bemerkenswerter ist dieses Ergebnis, da es trotz der die Fördermoralität einschränkenden Kriegseinflüsse, trotz der prozentual verringerten Sauerzahl, trotz der vielen Feiertage, trotz unglücklichem Witterungs- und Beleuchtungs- und trotz Verminderung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde erreicht werden konnte.

Die Schwierigkeiten der Kohlenwirtschaft liegen danach heute nicht mehr auf dem Gebiete der Quantität, vielmehr in dem Mangel eines ausreichend aufnahmefähigen Innenmarktes und in der durch die Weltkohlenmarktlage bedingten Verzerrung der Kohlenexportmöglichkeiten. Die offiziellen Schätzungen stehen im wesentlichen auf dem Boden, in der Praxis pocht man sich im In- und auch im Auslande den Preisgestaltungen des Konkurrenz an. Die außerordentlich hohe Schindelsumlage von 1,50 je Abgabestelle gestattet häufig ein nennenswertes Unterbieten der fremden Konkurrenz. Aber dennoch bleiben allmonatlich unabhängige Reste der Förderung übrig, die auf Halbe genommen werden. Zu Jahresbeginn betragen die Bestände etwa 4 1/2 Millionen Tonnen. Dabei entstehen Zins- und Wertverluste, die aber die oft gehörten Klagen von Bergdirektoren, daß sie im Grubenbetrieb mit roten Zahlen, also mit Verlust, arbeiten, nicht zureichend zu erklären vermögen. Es ist nämlich eine unbestrittene Tatsache, daß sich das Schwergewicht der bergbauwirtschaftlichen Rentabilität immer mehr nach der Nebenproduktion verlagert. Solange Selbstkostenprüfungen, seien es amtliche oder private, an der Nebenproduktion Halt machen, solange läßt sich, ganz abgesehen von der Zuverlässigkeit der Erhebungsmethoden, ein einwandfreies Rentabilitätsbild nicht gewinnen. Die jetzt herausgekommenen Montanbilanzen sind zumeist, da wesentliche Posten kursorisch zusammengefaßt werden, nicht auf eine weitergehende Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse berechnet. Der Papiermarktschiefer ist vom Goldmarktschiefer abgelöst worden, der nur eine Kleinigkeit weniger dicht gewebt ist. Es ist ein langer Weg, ehe das Licht der öffentlichen Kritik die Dunkelheit industrieller Selbstkostenprüfungen durchdringen wird, desto lebhafter ist jeder Schritt auf diesem Ziel, wie die jetzt vom Reichskohlenrat vorzunehmende Untersuchung der Preisfaktoren zu bezeugen.

Das Besondere an der südlichen Ruhr ist leider auch im neuen Jahr weiter geblieben. Es handelt sich hier besonders um die Stilllegungen und Betriebseinschränkungen bei Deutsch-Bur, Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., der Gewerkschaft Deutschland und den Ber. Sörder Kohlenwerken. Die wirtschaftliche Berechtigung der für die Arbeiterkraft und die betroffenen Kommunen äußerst einschneidenden Maßnahmen der Bergwerksbetriebe ist unstrittig. Auch durch den vor einigen Monaten zur Prüfung der mit den Beschlüssen zusammenhängenden Fragen amtlich eingehenden partikulären Ansichten sind diese Meinungsverschiedenheiten nicht behoben, so daß man zunächst die Stellungnahme der Reichs- und Staatsregierung zu dem eingehenden Bericht abwarten muß. Die abgelegten Bergarbeiter haben zum großen Teil auf anderen, aber mitunter recht entfernten Besetzen wieder Arbeit gefunden, herrscht doch gerade im nordöstlichen, nördlichen und nordwestlichen Gürtel des Ruhrgebietes noch ein erheblicher Bergarbeiterbedarf. Die Umsiedlung von Süden nach dem Norden bereitet jedoch bei den Bergbetriebe, und das ist der größte Projektions der Entlastungen, wegen des Wohnungsmanagements erhebliche Schwierigkeiten. Es wird deshalb mit Nachdruck an der Fertigstellung der begonnenen Siedlungsarbeiten — man rechnet etwa mit über 2000 noch unfertigen Vergnügungswohnungen im Ruhrgebiet — zu arbeiten sein, wie auch Mittel zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen noch erforderlich sind. Alle Gärten sind durch Umsiedlung jedoch nicht zu beseitigen, waren doch gerade im Süden viele Bergleute, die ein Häuschen und ein Stück Land von Altersher ihr Eigen nannten.

So entmuttert die Wanderung des Bergbauers nach dem Norden laufende, wie die aufstrebende Industriealisierung zuvor zehn- ja hunderttausende entvölkert und heimlos gemacht hat. Dies ist ja das traurige Kennzeichen dieser Provinz der Arbeit, daß sie in sich zerrissen ist. Unendliche Arbeit wird hier täglich geleistet, eine Arbeit, bei der auch unendliche immaterielle Werte immer wieder zerstört werden.

Entscheidungstag für Preußen!

Falls es den vereinten Bemühungen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten, dieser Tripel-Allianz gegen die Republik und die Demokratie und für die Errichtung einer reaktionären Herrschaft in Preußen und im Reich nicht gelingen sollte, durch neue Schicksale im Preussenparlament heute einen taktischen Erfolg zu erzielen, so dürfte heute die Wahl des Ministerspräsidenten im Preussischen Landtag vor sich gehen. Damit fällt in dem Saale an der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin eine Entscheidung von größter Tragweite, sowohl für das Reich wie für Preußen. Die Entscheidung liegt beim Zentrum. Das Verhalten des Reichszentrums bei dem Zustandekommen des Bürgerblock-Kabinetts Luther hat den Rechts- und Linksblockparteien in Preußen in hohem Maße Mut gemacht. Zunächst wurde nach dem Rücktritt des Kabinetts Braun das Zentrum in der widerlichsten Weise umschmeichelt und jetzt, wo sich das Zentrum gerade zeigt, ja zum Teil in der aggressivsten Weise anwortet, hören sich die Drohungen in der nationalistischen Presse gegen das Zentrum. Man droht unversehrt die Regierungsmehrheit zur Staatskrise werden zu lassen, und die wildsten der nationalistischen Organe und Männer spielen nur schlecht verkleidet mit dem Gedanken des Rufes und Staatsstreiches in Preußen. Verfolgt man im allgemeinen die Zentrumsbreite Norddeutschlands, so muß zugegeben werden, daß ihre Sprache täglich energischer gegenüber den Nationalisten wird. Aber, das haben wir schon öfters erlebt, daß zwar die Zentrumsbreite eine aufrechte Sprache führt und dann die parlamentarische Vertretung der Partei mit mehr oder minder Energie umfällt. Die Spannung in allen politischen Lagern Deutschlands ist ansehnlich der Sprache der Zentrumsbreite und der ausschlaggebenden Rolle der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags bei der jetzigen Regierungskrise eine allgemeine. Wir haben vorgestern die beiden preussischen Zentrumsorgane zitiert und wollen heute wiedergeben, was das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“ gegenüber den Drohungen der nationalistischen Presse schreibt:

„Gerade die jüngste Entwicklung in Preußen läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß die gesamte Reaktion sich zusammengeschlossen hat, um zum zermalmenden Schlage auszuholen gegen alles, was in den letzten Jahren geschaffen wurde. Das Zentrum soll also seine Hand dazu bieten, sein eigenes Werk zu vernichten. Es sind die alten Kräfte, die das alte Preußen so oft gegen alles eingestrichelt haben, was den Anhängern des Zentrums wert und teuer war. Der alte kulturkämpferische Liberalismus hat sich mit dem Oligarchismus zusammengesunden, um die Wiedererhebung des alten Preußens mit seinen Einseitigkeiten vorzubereiten. Wir treten durchaus dem Gedanken bei, dem die „Königliche Volkszeitung“ bereits Ausdruck verliehen hat, daß man das Zentrum nur deshalb in die Bürgerkoalition hineingebirgt, um es zu mißbrauchen und durch seine Beteiligung an der Regierung der Reaktion im die Kampfmittel aus der Hand zu winden. Diese Taktik wird das preussische Zentrum durchzuführen und die Wege gehen, die ihm sein eigenes Interesse und das Wohl des Staates und des Volkes vorschreiben.“

Wir machen insbesondere auf die schwere Gefahr aufmerksam, die die Regierung der Reaktion in den Rheinlanden notwendig hervorzuheben muß, und warnen in erster Stunde davor, den Bogen zu überspannen. Die Kräfte, die sich am 23. Januar zum Sturz der Regierung auf der Rechten zusammenschlossen, sind dieselben Kräfte, denen der § 18 der Reichsverfassung ein Greuel ist, es sind dieselben Kräfte, die die Bedeutung der Provinzen im Reichsrat mit allen Mitteln schmälern wollen. Kurzum es sind jene Kräfte des Rücktritts, die im gesamten Westen stets die schärfste Ablehnung erfahren haben.

Angeht es einer solchen Lage können die Drohungen mit einer Landtagsauflösung nicht ernst genommen werden. Wenn sich der Kampf darum drehen sollte, die Wiederkehr der Reaktion in Preußen und des mit ihr verbundenen antisozialistischen Systems zu verhindern, so würde man innerhalb der Zentrumsparlei in Preußen damit die Kräfte wachrufen, die einen Erfolg im Wahlkampf für das Zentrum unbedingt gewährleisten würden.

Wir wiederholen noch einmal: das Zentrum wird der von der Opposition beliebigen Intimidation nicht folgen und seinen Weg geradeaus unbeirrt fortsetzen. Das Experiment Luther wird die Zentrumsparlei in Preußen, insbesondere nach der am Freitag und Samstag abgehaltenen Aussprache mit den Parteivorständen im Lande, nicht wiederholen. Will die Rechte den Kampf so toll sein lassen, das Zentrum füllt sich fort genug, die Wege zu gehen, die im Interesse Preußens liegen, für das die Zentrumsparlei seit Jahr und Tag selbstlos seine Kraft einsetzt.“

Der Herr Major als Redakteur

Eine interessante Feststellung ergab sich in einem Verleumdungsprozeß, der vor dem Söffengericht Hanau zur Verhandlung kam. Genosse Kuttner hatte den verantwortlichen Redakteur eines inzwischen eingegangenen württembergischen Heftblattes, den Major a. D. Kupp, wegen falscher Nachrede und Verleumdung verklagt. Vor Gericht erschien aber noch ein zweiter Angeklagter, der württembergische Agitator Mundhenke — vor kurzem noch radikaler Kommunist — als Verfasser des Artikels. Es stellte sich heraus, daß Major v. Kupp als verantwortlicher Redakteur den Namen des Verfassers dem Gericht preisgegeben hatte, obwohl er von Mundhenke ausdrücklich um Geheimhaltung gebeten worden war. Der Nebenkläger wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das Verhalten des Major v. Kupp eine Schmach für den journalistischen Beruf sei. Major v. Kupp habe in äußerster Weise gegen das journalistische Berufsgeheimnis und die journalistische Standesethik verstoßen. Das sei um so auffälliger, als v. Kupp dem altpreuussischen Offizierskorps angehört habe, das sich eines besonders hohen Sinnes für Ehrbegriffe rühme. Der Rechtsanwalt des Majors verteidigte diesen mit seiner „Inerfahrenheit“, die er damit zu beweisen suchte, daß sein Klient vor kurzem den Ehrenbürgerstatus gelassen habe. In der Sache endete die Verhandlung mit der Verurteilung beider Verleumder, die keinen Wahrheitsbeweis antreten und ihre Behauptungen zurücknehmen, zu Geldstrafen von 250 und 200 M. Der Mundhenke hatte dabei besonderes Glück. Er war als kommunistischer Verleumder schon zweimal wegen Verleumdung erheblich mit Gefängnis bestraft. Jetzt, im Rückfall, kam er trotz der Schwere und völligen Beweislosigkeit seiner Verleumdungen mit Geldstrafe davon. Natürlich hat diese Wille mit der inzwischen erfolgten Befreiung Mundhenkes zum württembergischen Standpunkt nichts zu tun.

Das kommunistische Strohrohr gegen die Sozialdemokratie

Aus Berlin wird uns geschrieben: Sei, levet noch! Sie lebt noch, die hundertmal totgesagte Sozialdemokratie, die die Streifenmänner und ihre faulernen Klumpen im Bürgerblock jetzt von oben herab behandeln zu dürfen glauben. Sie lebt noch, und die Herrschaften, die jetzt beim Kampf um die Regierungsbildung im Reich und in Preußen, geschwollen vor Hochmut die deutsche Arbeiterpartei beiseite drängen wollen, haben am Dienstag Abend Mund und Nase aufgerissen, als ihnen ihre Reporter erzählten, was für eine machtvolle Kundgebung die Berliner Sozialdemokratie im Sportpalast veranstaltete.

Die Kundgebung im Berliner Sportpalast, riesig, gewaltig, wie nur irgend eine Demonstration der Sozialdemokratie in den letzten Jahren, rief unter den Beteiligten alles mit sich fort, was noch einen Funken von Liebe für die Sache der Arbeiterbewegung in sich birgt. Begeisterung, Kampfesmut, Entschlossenheit auf allen Gesichtern, in der riesigen unübersehbaren Menge, die den Sportpalast von unten bis hinauf in die Ränge füllte. Mit brausendem Beifall wurden die Redner empfangen; brausender Beifall durchlöste den Raum, als die Kundgebung unter dem Gesang der Internationale schloß.

Aber neben der Begeisterung war noch ein Gefühl in den Herzen der Massen lebendig, das Gefühl der Empörung und Wut über die kommunistischen Kanaillen, die in systematischer Weise immer und immer wieder die Arbeiterbewegung in sich löst. Begeisterung, Kampfesmut, Entschlossenheit auf allen Gesichtern, in der riesigen unübersehbaren Menge, die den Sportpalast von unten bis hinauf in die Ränge füllte. Mit brausendem Beifall wurden die Redner empfangen; brausender Beifall durchlöste den Raum, als die Kundgebung unter dem Gesang der Internationale schloß.

So tief ist die kommunistische Partei bereits gesunken, daß sie sich nicht nur scheitern, reaktionäre Regierungen in der Saitel zu heben — nein, sie best auch ihren Anhang noch auf, die sozialdemokratischen Kundgebungen in blutige Kravalle zu verhandeln. Aber die Moskauer sollen sich fürchten. Wenn sie nächsten wieder einmal ähnliche Provokationen probieren, wird ihnen beimgeleuchtet werden, daß ihnen Gören und Sohen berechenen wird. Schon jetzt aber gilt es, daß in allen Betrieben, Werkstätten, auf allen Arbeitsplätzen den Arbeitern die Augen über das schamlose Treiben der bolschewistischen Strolche geöffnet werden.

Ein Dankrott altpreussischen Beamten

Der Fall Kuttner — Sechslana Der vom preussischen Landtag eingeleitete Untersuchungsausschuss hat in zweitägiger Verhandlung den Fall Kuttner zur Klärung und um einen gewissen Nachdruck gebracht. Die noch unerledigte Beweisführung dürfte das Gesamtbild des Falles kaum verändern, das sich auf Seiten der Sechslana als ein Mischel aus launenhaftester Unfähigkeit, Unvorsichtigkeit und Desorganisation darstellt. Die Vertreter des Justizrats vor dem Ausschuss, die freilich zum allergrößten Teil fremde Stimmen demontieren mußten, konnten schließlich nur noch auf Willkür Anspruch erheben.

Was hier geschehen ist, dürfte selbst von der Filmfabrikation als zu unvorstellbar abgelehnt werden. Die preussische Sechslana hat sich mit Herrn Kuttner in Geschäftsverhältnissen eingelassen, ohne über seine Person anderes Informationsmaterial zu besitzen als die formularmäßige Auskunft eines Anknüpfers, wie man sie für den Preis von 3 bis 5 M. erhält. Sie hat diesem Mann nach einem kurzen getragenen Lombardverhör auf Wechsel Mißtrauen gegeben und diese Kreditgebungen fortgesetzt, als bereits eine Anzahl dieser Wechsel am Fälligkeitstag nicht eingelöst und in Protest gegangen waren. Sie hat sich von Kuttner das berühmte Kanauer Lager als Pfand anhängen lassen, ohne nach den Bekandten und dem Wert dieses Lagers auch nur die geringsten Erkundigungen einzuziehen. Sie hat sich am Verkauf dieses Lagers eine Gemeinnützigkeit ausbedungen, ohne sich im mindesten gegen Ueberberechtigung durch den Beamtenpartner zu sichern, — und in diesem Sinne noch vieles andere mehr.

Was hier geschehen ist, dürfte selbst von der Filmfabrikation als zu unvorstellbar abgelehnt werden. Die preussische Sechslana hat sich mit Herrn Kuttner in Geschäftsverhältnissen eingelassen, ohne über seine Person anderes Informationsmaterial zu besitzen als die formularmäßige Auskunft eines Anknüpfers, wie man sie für den Preis von 3 bis 5 M. erhält. Sie hat diesem Mann nach einem kurzen getragenen Lombardverhör auf Wechsel Mißtrauen gegeben und diese Kreditgebungen fortgesetzt, als bereits eine Anzahl dieser Wechsel am Fälligkeitstag nicht eingelöst und in Protest gegangen waren. Sie hat sich von Kuttner das berühmte Kanauer Lager als Pfand anhängen lassen, ohne nach den Bekandten und dem Wert dieses Lagers auch nur die geringsten Erkundigungen einzuziehen. Sie hat sich am Verkauf dieses Lagers eine Gemeinnützigkeit ausbedungen, ohne sich im mindesten gegen Ueberberechtigung durch den Beamtenpartner zu sichern, — und in diesem Sinne noch vieles andere mehr.

Was hier geschehen ist, dürfte selbst von der Filmfabrikation als zu unvorstellbar abgelehnt werden. Die preussische Sechslana hat sich mit Herrn Kuttner in Geschäftsverhältnissen eingelassen, ohne über seine Person anderes Informationsmaterial zu besitzen als die formularmäßige Auskunft eines Anknüpfers, wie man sie für den Preis von 3 bis 5 M. erhält. Sie hat diesem Mann nach einem kurzen getragenen Lombardverhör auf Wechsel Mißtrauen gegeben und diese Kreditgebungen fortgesetzt, als bereits eine Anzahl dieser Wechsel am Fälligkeitstag nicht eingelöst und in Protest gegangen waren. Sie hat sich von Kuttner das berühmte Kanauer Lager als Pfand anhängen lassen, ohne nach den Bekandten und dem Wert dieses Lagers auch nur die geringsten Erkundigungen einzuziehen. Sie hat sich am Verkauf dieses Lagers eine Gemeinnützigkeit ausbedungen, ohne sich im mindesten gegen Ueberberechtigung durch den Beamtenpartner zu sichern, — und in diesem Sinne noch vieles andere mehr.

Nationalistische Riesenfandale

Der Antisiter-Affäre, dieser vollendeten Blamage für die Reaktion, reißt sich ein neuer Skandal in Halle würdig an. Dort hat ein betrieblicher Schnapsfabrikant Aufschuß seit längerer Zeit einen Befreiungs-Kümmel hergestellt, den er Stahelmitropfen und Sahlbeimgeißt benannte und der auf den niederländischen Festen reichenden Absatz fand.

Bangsam stierte durch, daß dieser nationalistiche Mann in ungläubliche Spritzschiedungen verwickelt war und, wie das bei den edlen Männern so üblich ist, dem Staat riesige Steuern hinterzogen hatte. Gleichzeitg ging hartnäckig das Gerücht, daß eine bekannte nationale Persönlichkeit, der Direktor der Darmstädter Bank, Reich, in die schmutzige Angelegenheit verwickelt sei. Alle Versuche, diese Herren zu erreichen, schlugen fehl. Nun werden Mitteilungen bekannt, die den ganzen ungeheuren nationalen Skandal im hellsten Licht erstrahlen läßt:

Die Spritzschieder-Affäre ist durch die Jagd nach den Millionenbitten in ein neues Stadium getreten. Der wiederholt genannte Reichsdirektor Reich der Darmstädter Bank hat sich als dieser Millionenbittler herausgestellt. U. a. war er Verwalter des über 2 Millionen betragenden Vermögens der Witwe des verstorbenen Kommerzienrats Niebeck von den bekannten Mitteldeutschen-Niebeck-Kontantenwerken. Auf deren Namen hat er während der Inflationszeit die wahnsinnigsten Spekulationen vorgenommen. Außer den 2 Millionen der Frau Niebeck hat er auch andere Vermögen angegriffen. Jetzt hat er anlässlich seiner Macht in der Spritzschieder-Affäre auch die 2 Millionen der Witwe Niebeck mit auf die Reise genommen. Zunächst war er nach Holland (Altrecht) geflüchtet, wo er angeblich in einem Sanatorium sich befand. Als die Verwandten der Frau Niebeck sich um ihn bemühten, stellte sich heraus, daß er bereits die Reise über das große Wasser angetreten hatte. Verhandlungen über das Auslieferungserfahren schweben angeblich bereits. Der Fall Reich dürfte sich zu einem Gesellschaftsskandal ersten Ranges in Mitteldeutschland aus.

Der Danzig-polnische Konflikt

Verhandlungen der deutschen und polnischen sozialdemokratischen Parteien

Wie die Danziger Volkstimme meldet, haben die sozialistischen Parteien Danzig und Polen nunmehr direkte Verhandlungen aufgenommen, um wirksamer für eine Verständigung zwischen Danzig und Polen arbeiten zu können. Am Sonntag und Montag waren mehrere Vertreter der Sozialdemokratie aus Warschau in Danzig und verhandelten mit den Danziger Parteimitgliedern über den Konflikt. Es wurde beschlossen, über die Verhandlungen folgenden offiziellen Bericht auszugeben: Vertreter der T.P.S. aus Warschau und Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Danzig traten am 26. Januar 1925 in Danzig zu einer Konferenz zusammen und stellten ihr Vornehmen in folgenden Fragen fest: Die Verträge zwischen Danzig und Polen sollen dem Wortlaut und dem Geiste nach gegenseitig respektiert werden. 2. Jede Aktion, die die Beziehungen zwischen beiden Staaten stören könnte, sind wir entschlossen, abzuwehren. 3. Wir sind weiter entschlossen, Alles zu tun, was geeignet wäre, die gegenseitig gefürsorgten Verhandlungen zwischen Polen und Danzig einer Bindung entgegenzuführen und in diesem Sinne auf die Regierungen einzuwirken.

Bernichtung der Rauchtobakindustrie und der Tabakpflanzler durch geplante Steuererhöhung

Zigaretten 25 Proz. Erhöhung, Zigarren 20 Proz. Erhöhung, Rauchtobak 100 Proz. Erhöhung.

Uns wird geschrieben: Durch die f. Z. erfolgte Steuererhöhung des Einfuhrzoll für Rauchtobak von 130 M auf 30 M per Dm ist den Anpflanzern von Falscher Tabak ein ganz außerordentlich schmerzlicher Schaden erwachsen, gegen den gerade in letzter Zeit eine energische Protest laut geworden ist. Wie verlaublich droht für die gesamte Tabak anbauende Landwirtschaft ein noch schwererer Schlag, der sie vollends zum Erliegen bringen wird. Dem Reichstag soll eine neue Gesetzesvorlage eingebracht werden, wodurch die Steuer für Zigaretten von 20 auf 30 Proz., für Rauchtobak von 20 auf 40 Proz. und für Zigarren von 40 auf 50 Prozent erhöht werden soll.

Wie bekannt, verarbeitet die Rauchtobakindustrie den weitaus größten Teil der deutschen Ernte und zwar in den sogenannten steuerbegünstigten Betrieben, welche mindestens 30 Proz. inländischen Tabak enthalten müssen.

Die Erhöhung der Steuer auf 40 Proz. also um volle 100 Proz. wird zur Folge haben, daß der Konsum an Rauchtobak ganz erheblich zurückgeht und die Tabakpflanzler infolgedessen sehr Abgang erleiden werden. Die Preise müssen entsprechend Angesetzt und Nachfrage noch weiter als bisher sinken und der Untergang der ganzen Tabak anbauenden Landwirtschaft ist damit besiegelt. Aber nicht nur die Erzeuger, sondern auch die Käufer werden in demselben Maße hiervon betroffen. Gerade diejenigen Kreise, die bisher die Preise der billigen halber vorgezogen haben, also in erster Linie die Arbeiterklasse, Beamte, Angestellte und Landwirte, die schon bisher in Bezug auf Steuerbelastung an erster Stelle standen, sollen wieder am stärksten belastet werden. Der Erfolg kann nur der sein, daß diejenigen Kreise auf den letzten Rest eines billigen Genusses verzichten müssen, denn die Zigaretten-Industrie, auf deren Betreiben die Vorlage zustande gekommen ist, hat die Herstellung der billigen Sorten eingestellt. Nur diese Industrie hat Nutzen von der beabsichtigten Erhöhung, der Staat selbst wird durch den Ausfall an Allgemeinsteuer seinen Anteil an der folgenden Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie keine Mehrernte erzielen. Es ist zu befürchten, daß die bolschewistische Regierung den von Berlin ausgehenden Vorwürfen, zustimmen wird. Soll das Probejahr abgemessen werden, so sind die Arbeiter und die Tabakpflanzler auf ihre eigene Initiative angewiesen. Nach ist es Zeit, dem Reichstag und der Regierung in unabweisbarer Weise klar zu machen, mögen eine solche einseitige Steuerpolitik fischen kann. Große Gile ist jedoch geboten, wenn ein Unrecht nicht zu Recht gestempelt werden soll.

Annexie für die besetzten Gebiete

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat einen Interzessionsantrag, um nachzuprüfen, ob die politische Annexie, die auf Grund des Londoner Abkommens für die besetzten Gebiete erfolgen soll, überall im Geiste dieses Abkommens angewendet werden ist. Mitglied des Interzessionsausschusses ist für die sozialdemokratische Reichsfraktion Genosse Sellmann. Wir bitten in allen Fällen, in denen politische Vergehen und Verbrechen (also auch Verurteilungen, die auf Grund von Strafen, Demonstrationen usw. erfolgen) nicht nicht anerkannt werden sind, das Material möglichst unter Verfügung der Reichsregierung und des Reichstags an den Reichstagsabgeordneten Sellmann, S. D. N., Ursulaplag 6, einzusenden.

Warum wird das verschwiegen?

Die Verleumdung gegen die Sozialdemokratie ist in großer Verlegenheit. Trotz eifrigsten Schmeißens und noch so raffinierten systematischen Beläumdungen ist es ihr bis heute noch nicht gelungen, den Beweis zu erbringen, daß Sozialdemokraten mit Varnat unreelle Geschäfte gemacht haben. Da die Verleumdung auf positiver Seite nichts unter Beweis stellen können, versuchen sie es mit der negativen, von welcher Methode sie sich immer etwas versprechen. Sie verschweigen ihren Anhängern das, was zur Aufklärung für jeden anständigen Menschen notwendig ist. Lange bevor nämlich die sogenannten Varnatisten auf den Antisiter-Fall hinwiesen, geschah dies durch Sozialdemokraten. Warum verschwiegen das die Verleumder der Sozialdemokratie? Warum haben die sozialdemokratischen Verbände von keiner bürgerlichen Seite Unterstützung gefunden, die im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, also an einer in erster Linie zuständigen Stelle, bereits im Mai 1924 erhoben worden sind? Weil diese Verbände unbeachtet blieben, trat einer der sozialdemokratischen Vertreter, der Abgeordnete Steinkopf, die Flucht in die Öffentlichkeit an. Er schrieb am 31. Juli 1924 im "Vorwärts":

"Aus den umlaufenden Postfachzetteln, aus den Rücklagen und Ueberprüfungen der Deutschen Reichspost liegen der Post zur Zeit etwa 400 Millionen Mark zur freien Verfügung. Jeder Deutsche wird als selbstverständlich annehmen, daß sie dem Nutzen der Allgemeinheit dienen und ihr Mißbrauch verhindert ist. Was ist jedoch geschehen? Ohne auch nur den Verwaltungsrat oder seinen Arbeitsauschuß zu fragen, sind die Arbeiter, und zwar in Beträgen bis zu fast vierhundert Millionen Mark langfristige und zu minimalen Zinsen Firmen zur Verfügung gestellt worden, die bei der großen Geldknappheit nun überflüssig als große Geldgeber auftraten und durch Aufschlag unerschörter Wucherzinsen Riesengewinne gemacht haben."

Wegen dieses Artikels haben die dem Deutschen Beamtenbund angehörenden Postbeamtenverbände einen Vorstoß gegen den Genossen Steinkopf unternommen. Er gehe darauf aus, hieß es, die Deutsche Reichspost wieder unter die Vormherrschaft des Reichsfinanzministeriums zu bringen. Im Verwaltungsrat wurden die Bedenken der Sozialdemokraten von einem deutschen Abgeordneten als "Mäßig" bezeichnet, "der das Finanzgebahren der Post gefährde". Der Antrag der Sozialdemokraten, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Arbeiter blieben allein.

Verleumdungsprozess Auer

Es zeigt sich, daß die A.P.D. hinter der Verleumdungskampagne steht

München, 28. Jan. (Eig. Bericht.)

Der Verlauf des Auer-Prozesses zeigte am Mittwoch, welche Triebkräfte hinter den Verlagen Winter und Kämpfer am Werke sind. Von Beginn des Prozesses an nahm am Tisch der Verlagen neben ihren zwei Rechtsanwältinnen ein Mann Platz, von dem man annahm, er gehöre zur Anzahl eines Rechtsanwaltes und erleichtere durch feingraphische Aufzeichnungen den Rechtsanwältinnen ihre Arbeit. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser Unbekannte ein Sekretär der A.P.D. ist, den ich Juliusrat Schmittberger zugelegt hatte, um sich durch ihn über politische Dinge informieren zu lassen. Von Klageerzählung wurde gegen die Anwesenheit dieses Kommunisten protestiert. Der Vorsitzende ließ ihn jedoch auf Wunsch am Tische der Verlagen sitzen.

Siehe! marschierten die ersten Belastungszeugen auf, zunächst ein gewisser Fensel, der angeblich durch die Mitwirkung Auers eine Stelle bei dem Fabrikarbeiterverband nicht erhalten hat. Seit jener Zeit hatte er innerhalb der Partei schon manches gegen Auer unternommen. In seinen Aussagen erzählte er eine Reihe von Einzelheiten über interne Parteiverhältnisse vor 30 und mehr Jahren, die aber den Klagen niemanden belasten konnten. Schließlich ist es mit der Zeugin Dohle, einer Schwägerin Auers, die schon seit langem der Jungener Partei wegen ihres hohen Mundweckes bekannt ist. Die Zeugin gibt Einzelheiten an über die Beziehungen, die Auer während seines Kriegsjahres aus Koubitz nach Hause geschickt hat: Geld, Wein, Spitzen, Tische, Stiefel, Gummimantel und drei silberne Bierentennens. Zeuginen wurden dem Bericht vorgelesen und erwieben sich als billiger Plunder, das Stück zu 80 Pf. Ihre Kenntnis über diese Dinge hatte die Zeugin nicht aus eigenem Wissen, sie hatte sie von dem früheren Dienstherrn der Familie Auer, Auer erklärte hierzu, daß er allerdings verschiedene Gegenstände nach Hause geschickt habe, aber niemals ohne Genehmigung der Kompanie, der alle diese Pakete vorgelegt wurden. Weiterhin erzählt die Zeugin, Auers Mutter habe ihr einmal gesagt, daß ihr Sohn von einem russischen Juden 17 000 M bekommen habe. Diese belastende Aussage wurde von Auer und anderen Zeugen unter Eid dahin aufgeführt, daß es sich um 16 800 M bayerischer Eisenbahnanteile gehandelt habe, die ein gewisser Manassewitsch, der aber kein russischer Jude ist, durch Adolf Müller, dem jetzigen deutschen Gesandten in der Schweiz, als ein testamentarisches Vermächtnis für die Bayerische Partei gegeben hat. Dies war vor dem Kriege. Die Zinsen dieser Summe wurden einer Frau ausbezahlt worden, was heute noch geschieht. Nach Aufklärung der sozialdemokratischen Landeszentrale in Bayern wurde das Geld der Landtagskassen und dem aus ihr gebildeten Landesauschuß übergeben, der es heute noch verwaltet.

Dom Untersuchungsausschuß für die Varnat-Kutischer-Affäre

Berlin, 28. Jan. Im Preussischen Untersuchungsausschuß für die Varnat-Kutischer-Affäre erklärte bei Beginn der Sitzung der Vertreter des Preussischen Ministeriums des Innern, daß bei dem Polizeipräsidium festgestellt werden konnte, daß Kutischer schon am 10. Dez. 1918 nach Berlin zugereist war und am 1. Dez. 1919 erstmals polizeilich angemeldet wurde. Der Vertreter des Preussischen Innenministeriums verlas ein vom Privatbüro des Ministers Sebering am 23. Nov. 1920 an den zuständigen Referenten des Ministeriums gerichtetes Schreiben, in dem mitgeteilt wird, Reichskanzler Bauer habe den Minister gebeten, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Varnat, die der holländischen Gesandtschaft angehöre, für die Durchreise nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht würden. In Anbetracht der Aufschrift machte der Vertreter des preussischen Innenministeriums gegen den entsprechenden Erlass keine Bedenken, insbesondere seien keine Zweifel gegen die Richtigkeit der Angehörigkeit der Familie Varnat zur holländischen Gesandtschaft aufgetaucht. Eine Nachprüfung sei nicht erfolgt wegen der Persönlichkeit, von der die Empfehlung ausgeht, ferner weil das auswärtige Amt bereits von der Angelegenheit unterrichtet war und weil in dem Erlass der Vorbehalt ausgesprochen war, daß sich die Papiere in dem entsprechenden Zustand befinden müßten. Ministerialdirektor Wegga vom Innenministerium erklärte ferner, es wurde bei dem früheren Reichskanzler Bauer angefragt, wie es möglich sei, daß eine solche Empfehlung zustande kam, und wie er habe mitteilen können, daß es sich bei den Varnats um Angehörige der holländischen Gesandtschaft handele. Bauer erwiderte, daß er solche Mitteilungen nicht gemacht habe und ihn schon damals bekannt gewesen sei, daß die Varnats nicht holländischer Staatsangehörigkeit waren. Auch bei dem auswärtigen Amt, das sich mit der Angelegenheit tatsächlich befaßt, sei angefragt worden. Auch dieses, das von Bauer angegangen worden sei, sei darüber unterrichtet gewesen, daß es sich nicht um holländischer Staatsangehörigkeit handele. Weiter erklärte der Vorsitzende, der Ausschuß werde versuchen, aufzuklären, auf wen die folgenden Annahmen über die Staatsangehörigkeit Varnats zurückzuführen seien. Auf einen Hinweis des deutschen Konsulanten in Haag, Deers, hieß es, daß auf Wunsch des Reichspräsidenten Varnat von der deutschen Gesandtschaft im Haag am 22. 5. 19 ein Dauerlichtmerk ausgefertigt worden sei, erklärte Ministerialdirektor Wegga, der Polizeidirektion sei nichts davon bekannt.

Der Vertreter des Innenministeriums gibt hierauf Erklärungen über die Einreise der Gebrüder Varnat ab. Julius Varnat sei auf Empfehlung einer Reihe deutscher und holländischer Firmen und des Reichsfinanzministers Bauer im April 1922 bis auf weiteres die Aufenthaltserlaubnis erteilt worden, die im April 1923 verlängert wurde. Solomon Varnat berief sich auf das Gesuch des Julius Varnat beim Polizeipräsidium und betraute offenbar in diesem Falle dieselben Unterlagen als maßgebend, die für Julius Varnat zur Stelle gemeldet sind. Hans Varnat habe sich bezüglich der Aufenthaltserlaubnis auf seinen Bruder Julius ebenfalls berufen. Besondere Empfehlungen hatten hier nicht vorgelegen. Noal Varnat reiste bereits im April 1922 ohne Paß und Schweigepflicht nach Deutschland ein. Auf seinen Antrag sei ihm Aufenthaltserlaubnis erteilt worden. Finanzrat Bredensfeld äußerte sich sehr über die Geschichte der Preussischen Staatsbank mit Varnat. Die Geschäftsbeziehung sei im Mai 1923 auf Grund des Empfehlungsfalles des Reichskanzlers a. D. Bauer vom sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer aufgenommen worden. Diese Briefe seien an den damaligen Staatsbankpräsidenten a. Dombos gerichtet gewesen.

Am weiteren Verlauf verlas Finanzrat Bredensfeld einen Brief des früheren Reichskanzlers Bauer an den Staatsbankpräsidenten, worin Varnat als zuverlässiger und kreditwürdiger Geschäftsmann, der ihn als solcher seit vielen Jahren bekannt sei, bezeichnet wird, und der seine Verbindlichkeiten immer erfüllte. Der Brief des Gesandten Dr. Gradnauer, der mit dem Briefkopf des sächsischen Gesandten versehen war, enthielt ebenfalls eine Empfehlung Varnats mit dem Hinweis, daß Varnat zur Zeit von Gradnauers Ministerpräsidentenschaft umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium unterhielt. In dem Briefe äußert sich Gradnauer lobend über die Kreditwürdigkeit Varnats. — Finanzrat Bredensfeld schloß das Ansuchen der an Varnat gegebenen Kredite, die sich Ende Mai 1924 auf über 10 Millionen Mark belaufen. Nachdem eine Rückzahlung von 24 Millionen Mark erfolgt war, seien von dem Sächsischen Oberfinanzrat Hellwig einige Werte aus dem Depot herausgegeben worden, wodurch sich die Deckung wesentlich vergrößerte.

Weiter teilte Präsident Schröder mit: Bald nach Antritt meines Amtes war mit dem Finanzminister Richter ein Schreiben des Abg. Denkmann vom 31. März 1924 übermittelt worden, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Freund Julius Varnat, einen Großkaufmann, der bisher mit der Preussischen Staatsbank in guten Geschäftsbeziehungen gestanden hat, auch dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung empfehlen würden.“ Dieses Schreiben habe der Minister ihm mit einem Antwortschreiben übermittelt und ihn gebet-

haltung bekannt und bei den Soldaten hätte er vielfach die Bezeichnung „Vater Auer“ gehabt, weil er besonders loyal gegenüber seinen Kameraden und der Bevölkerung gewesen ist. Man hat sich seiner Vermittlung bedient, um die französischen Arbeiter zu veranlassen, in ihrem Interesse und in dem ihrer gefangenen Kameraden in Deutschland zu arbeiten. Ich glaube, daß durch diese Vermittlung Auer erreicht wurde, daß die Arbeiterklasse in Koubitz wieder arbeitete. Besonders schwierig waren die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, an deren Spitze der sozialdemokratische Bürgermeister Lebos stand. Der Bürgermeister wurde beschuldigt, daß er Blätter aus einem Register herausgerissen habe, damit man nicht die Adresse von Arbeitern erführe. Infolgedessen wurde der Stadt Koubitz eine Kriegskontribution von 150 000 Franken auferlegt. Koubitz weigerte sich, diese Kontribution zu zahlen. Infolgedessen wurde der Kommandant der deutschen Truppen namens Hofmann beauftragt, mit der Stadtverwaltung zu verhandeln. Da er aber rein diplomatisch vorgeht, kam es zu keinem Ergebnis, und nur durch die Vermittlung Auers war es möglich, daß von der militärischen Verwaltung nicht sofort durchgegriffen wurde. — Zeuge Hildesheimer: Ich war in Koubitz und bearbeitete die Abtransport-Angelegenheiten. Später war ich in der Wirtschaft beschaftigt und mit der Einziehung von Kontributionsgeldern. Es war kaum möglich, daß Auer sich hier irgendwie eine Geldsumme aneignen konnte. Ein Defizit im Ein- und Ausgang wäre sofort festgelegt worden. Es war ein Verdienst Auers, durch seine Verhandlungen die französischen Arbeiter dahin zu bringen, daß sie freiwillig wieder arbeiteten. Sehr häufig sind bis zu 100 Arbeiter vor unserer Bank gestanden und wollten arbeiten. Mit Requisitionen hatte er nichts zu tun. Selbstverständlich konnte jeder von uns, wenn er Geld hatte, Waren kaufen. Von Anteilen an Deutscher Kontributionsgeldern ist mir nichts bekannt. Als Unteroffizier hatte Auer neben der Löhnung noch 8 bis 10 Franken täglich Zulage. Da konnte man sich Geld sparen, denn die Verpflegung war sehr billig. — Die Verhandlung dauert fort.

Dom Untersuchungsausschuß für die Varnat-Kutischer-Affäre

Berlin, 28. Jan. Im Preussischen Untersuchungsausschuß für die Varnat-Kutischer-Affäre erklärte bei Beginn der Sitzung der Vertreter des Preussischen Ministeriums des Innern, daß bei dem Polizeipräsidium festgestellt werden konnte, daß Kutischer schon am 10. Dez. 1918 nach Berlin zugereist war und am 1. Dez. 1919 erstmals polizeilich angemeldet wurde. Der Vertreter des Preussischen Innenministeriums verlas ein vom Privatbüro des Ministers Sebering am 23. Nov. 1920 an den zuständigen Referenten des Ministeriums gerichtetes Schreiben, in dem mitgeteilt wird, Reichskanzler Bauer habe den Minister gebeten, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Varnat, die der holländischen Gesandtschaft angehöre, für die Durchreise nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht würden. In Anbetracht der Aufschrift machte der Vertreter des preussischen Innenministeriums gegen den entsprechenden Erlass keine Bedenken, insbesondere seien keine Zweifel gegen die Richtigkeit der Angehörigkeit der Familie Varnat zur holländischen Gesandtschaft aufgetaucht. Eine Nachprüfung sei nicht erfolgt wegen der Persönlichkeit, von der die Empfehlung ausgeht, ferner weil das auswärtige Amt bereits von der Angelegenheit unterrichtet war und weil in dem Erlass der Vorbehalt ausgesprochen war, daß sich die Papiere in dem entsprechenden Zustand befinden müßten. Ministerialdirektor Wegga vom Innenministerium erklärte ferner, es wurde bei dem früheren Reichskanzler Bauer angefragt, wie es möglich sei, daß eine solche Empfehlung zustande kam, und wie er habe mitteilen können, daß es sich bei den Varnats um Angehörige der holländischen Gesandtschaft handele. Bauer erwiderte, daß er solche Mitteilungen nicht gemacht habe und ihn schon damals bekannt gewesen sei, daß die Varnats nicht holländischer Staatsangehörigkeit waren. Auch bei dem auswärtigen Amt, das sich mit der Angelegenheit tatsächlich befaßt, sei angefragt worden. Auch dieses, das von Bauer angegangen worden sei, sei darüber unterrichtet gewesen, daß es sich nicht um holländischer Staatsangehörigkeit handele. Weiter erklärte der Vorsitzende, der Ausschuß werde versuchen, aufzuklären, auf wen die folgenden Annahmen über die Staatsangehörigkeit Varnats zurückzuführen seien. Auf einen Hinweis des deutschen Konsulanten in Haag, Deers, hieß es, daß auf Wunsch des Reichspräsidenten Varnat von der deutschen Gesandtschaft im Haag am 22. 5. 19 ein Dauerlichtmerk ausgefertigt worden sei, erklärte Ministerialdirektor Wegga, der Polizeidirektion sei nichts davon bekannt.

Der Vertreter des Innenministeriums gibt hierauf Erklärungen über die Einreise der Gebrüder Varnat ab. Julius Varnat sei auf Empfehlung einer Reihe deutscher und holländischer Firmen und des Reichsfinanzministers Bauer im April 1922 bis auf weiteres die Aufenthaltserlaubnis erteilt worden, die im April 1923 verlängert wurde. Solomon Varnat berief sich auf das Gesuch des Julius Varnat beim Polizeipräsidium und betraute offenbar in diesem Falle dieselben Unterlagen als maßgebend, die für Julius Varnat zur Stelle gemeldet sind. Hans Varnat habe sich bezüglich der Aufenthaltserlaubnis auf seinen Bruder Julius ebenfalls berufen. Besondere Empfehlungen hatten hier nicht vorgelegen. Noal Varnat reiste bereits im April 1922 ohne Paß und Schweigepflicht nach Deutschland ein. Auf seinen Antrag sei ihm Aufenthaltserlaubnis erteilt worden. Finanzrat Bredensfeld äußerte sich sehr über die Geschichte der Preussischen Staatsbank mit Varnat. Die Geschäftsbeziehung sei im Mai 1923 auf Grund des Empfehlungsfalles des Reichskanzlers a. D. Bauer vom sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer aufgenommen worden. Diese Briefe seien an den damaligen Staatsbankpräsidenten a. Dombos gerichtet gewesen.

Am weiteren Verlauf verlas Finanzrat Bredensfeld einen Brief des früheren Reichskanzlers Bauer an den Staatsbankpräsidenten, worin Varnat als zuverlässiger und kreditwürdiger Geschäftsmann, der ihn als solcher seit vielen Jahren bekannt sei, bezeichnet wird, und der seine Verbindlichkeiten immer erfüllte. Der Brief des Gesandten Dr. Gradnauer, der mit dem Briefkopf des sächsischen Gesandten versehen war, enthielt ebenfalls eine Empfehlung Varnats mit dem Hinweis, daß Varnat zur Zeit von Gradnauers Ministerpräsidentenschaft umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium unterhielt. In dem Briefe äußert sich Gradnauer lobend über die Kreditwürdigkeit Varnats. — Finanzrat Bredensfeld schloß das Ansuchen der an Varnat gegebenen Kredite, die sich Ende Mai 1924 auf über 10 Millionen Mark belaufen. Nachdem eine Rückzahlung von 24 Millionen Mark erfolgt war, seien von dem Sächsischen Oberfinanzrat Hellwig einige Werte aus dem Depot herausgegeben worden, wodurch sich die Deckung wesentlich vergrößerte.

Weiter teilte Präsident Schröder mit: Bald nach Antritt meines Amtes war mit dem Finanzminister Richter ein Schreiben des Abg. Denkmann vom 31. März 1924 übermittelt worden, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Freund Julius Varnat, einen Großkaufmann, der bisher mit der Preussischen Staatsbank in guten Geschäftsbeziehungen gestanden hat, auch dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung empfehlen würden.“ Dieses Schreiben habe der Minister ihm mit einem Antwortschreiben übermittelt und ihn gebet-

ten, dem Anliegen Schulmanns sein Interesse zu schenken und ihm vielleicht Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung zu gewähren. — Präsident Schröder erklärte hierzu, daß er sich in seiner selbständigen Geschäftsführung durch dieses Empfehlungsjahrebenwenig habe beeinflussen lassen, wie durch ähnliche Empfehlungen in anderen Fällen. — Abg. Kaufmann (Dem.) fragt, ob die Staatsbank nachgeprüft habe, ob Barmat die Kredite tatsächlich zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet. Finanzrat Drefenfeld erwiderte, daß eine solche Nachprüfung nicht stattgefunden habe. Abg. Labendorf macht darauf aufmerksam, daß die größte Erhöhung der Barmat-Kredite Ende 1923 erfolgte, als Präsident Schacht die Reichsbankkredite rückwärts über Barmat folportiert wurden. Wie Finanzrat Drefenfeld erklärte, war der Staatsbank davon nichts bekannt. Der Vorlesende, Dr. Lebitz, sagte das Ergebnis der Untersuchung dahin zusammen, daß auch im Falle Barmat ein Sachverständiger — ein sachlicher oder unsachlicher Gelehrter — anstatt die Generaldirektion hilfsweise zu unterrichten, den Kredit über Gebühr erhöht habe.

Berlin, 30. Jan. Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages für die Barmat-Auslieferung Angelegenheit bestimmte Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten, er sei vom Reichspräsidenten im vollen Umfange von der Amtsverhinderung entbunden. 1919 seien in Amsterdam gelegentlich des Internationalen Sozialistenkongresses die Führer der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat persönlich bekannt geworden. Anschließend sei Barmat von Reichspräsidenten ein oder zweimal empfangen worden. Der Minister des Innern Severing sagte aus, im November 1922 sei er von dem ehemaligen Reichsminister Bauer gebeten worden, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Barmat von der holländischen Gesellschaft auf der Durchreise von Russland durch Deutschland nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht werden. Auf Wunsch Bauers hat das Auswärtige Amt seine Zustimmung erteilt und gebeten, dies auch von Preußen zu veranlassen. Reichsminister a. D. Bauer erklärte, es handle sich weder um eine politische, noch um eine geschäftliche Aktion, sondern um eine rein menschliche Angelegenheit. Barmat habe ihm im Herbst des Jahres 1920 einen Brief seines Vaters gezeigt, der, wie er sagte, an der bessarabisch-rumänischen Grenze als Flüchtling mit seiner Familie sei und auf die Mildtätigkeit anderer angewiesen war. Barmat habe ihn gebeten, ihm zu helfen. Er möchte seine Eltern gerne nach Holland bringen. Bauer sagte weiter, Stoschammer vom Auswärtigen Amt, der das rumänische Referat hatte, habe ihm erklärt: Selbstverständlich muß ich alles tun, da es sich hier um eine rein menschliche Hilfeleistung handelt, um Leute aus ihrem Elend herauszubringen. Wie die falsche Angabe der Zugehörigkeit der Barmats zur holländischen Gesellschaft entstanden sei, könne er sich nicht erklären. Er habe keinesfalls eine solche Angabe gemacht. Bauer sagte weiter aus: Durch Mitglieder der holländischen Sozialdemokratie habe er die allerbesten Auskünfte über Barmat erhalten, der schon vor dem Kriege ein Unentschiedenes gehabt hat. Barmat habe ihn seinerzeit um einen Empfang beim Reichspräsidenten gebeten. Er habe aber erst nach langen Drängen nachgegeben. Er habe sich gelangt, ein Institut mit der Staatsbank werde niemandem den Kredit gewähren, ohne nicht ausreichende Sicherheiten zu erhalten. Wäre die Staatsbank so verfahren, wie sie es hätte tun müssen, so hätte sie nicht geschädigt werden können. Bauer erklärte auf eine Frage, daß er niemals von der Firma Barmat irgendwelche pekuniären Vorteile gehabt habe. Politischer Präsident Richter erklärte, mit Barmat habe er niemals etwas zu tun gehabt. Er habe auch für Barmat niemals eine Wohnungsangelegenheit befürwortet. Mit Barmat sei er ena befreundet, doch habe diese Freundschaft niemals einen Einfluß auf seine dienstliche Tätigkeit ausgeübt.

Aus der Partei Von der Agitation

Am vorigen Freitag sprach Genosse Abg. Schöpplin in Königsberg i. Ostpr. Hierzu bemerkt die „Volksstimme“ in Rammheim: „Genosse Schöpplin hat von Berlin aus, wo er am letzten Freitagvormittag abreiste, nach Königsberg und von dort — er fuhr noch in derselben Nacht zurück — über Berlin nach Karlsruhe, abgesehen von der Anstrengung eines großen Versammlungs-Referates, einen Weg von circa 2100 Kilometer zurückgelegt in rund 41 Stunden, von denen er sich nicht weniger als 24 Stunden im Schnellzug befand. Für einen 65jährigen eine Leistung, zu deren — hoffentlich glücklicher! — Reberhebung man ihm von Herzen gratulieren kann.“

Müsch. Der auf Samstag abend angelegte Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm muß wegen Verhinderung des Referenten verlegt werden; er findet nunmehr nächst Samstag 7. Februar statt.

Volkswirtschaft Deutsche Großunternehmungen

Das Kernvermögen der Sinesgruppe, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerke und Hütten-W.G., stellt in ihrer Reichsmark-Großkapitalbilanz mit, daß sich nach Abzug der Posten von den Aktien ein Reinvermögen über den Betrag von 127,5 Millionen Reichsmark ergibt. Die Gesellschaft hatte im Jahre 1913 ein Stammkapital von 130 Millionen Reichsmark, das unverändert geblieben ist. Durch Schaffung anderer Aktienarten wurde das Gesamtkapital jedoch bis auf 300 Millionen Reichsmark vergrößert. Die Zusammenlegung erfolgte so, daß 91 Millionen Stammaktien und 6,5 Millionen Vorzugsaktien geschaffen wurden. So ergibt sich ein neues Gesamtkapital von 97,5 Millionen, während 430 Millionen Reichsmark in Reserve gestellt werden. Die Zusammenlegung bei Deutsch-Lux ist äußerst günstig. Das kann aber nicht überraschen, da die Gesellschaft einen ungeheuren Substanzzuwachs zu verzeichnen hat. Die Angabe der Hauptvermögen seit dem Jahre 1916 würde allein Seiten ausfüllen. In Anbetracht dieser Tatsache kann man wohl von einer außergewöhnlichen „Differenzierbarkeit“ in der Deutsch-Lux-Großkapitalbilanz sprechen. In der Bilanz sind angegeben: Veranlagen mit 117,5 Millionen, Bestände mit 20,2 Millionen, Beteiligungen mit 83 Millionen, Wertpapiere mit 0,25 Millionen, Kasse mit 188.746 Reichsmark, Wechsel und Schecks mit 345.647 Reichsmark und Schulden mit 29,4 Millionen. Die Gläubiger betragen nur 5,8 Millionen. Allerdings ist eine Abgrenzung von 79,7 Millionen vorhanden. Der Finanzstatus der Firma scheint demnach gerade nicht überpannt, aber auch nicht allzu günstig zu sein.

Briefkasten der Redaktion

R. R., Vorstr. Rein.

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtages

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags am 27. Januar wurde in die Beratung der Anträge des Zentrums eingetreten, die sich mit dem Weiterbau der Bahnlücken Tübingen—St. Gallen und der Reichsbahn Oppenheim—Griesbach befassen. In Verbindung damit wurden die Bahnhäuser Mülltal—Kreuzweilbach und Breiten—Kreuzweilbach gestellt, d. h. alle derjenigen Bahnhäuser in Baden, die sich beim Übergang der bad. Bahnen ans Reich am 1. April 1920 bereits im Bau befanden, und deren Weiterbau im Staatsvertrag in § 17 ausdrücklich durch die Reichsbahn übernommen wurde.

Der Finanzminister unterstrich diese Verpflichtung des Reichs ausdrücklich, verwies aber auch darauf, daß die deutsche Reichsbahngesellschaft im Reichsbahngesetz diese Verpflichtung in § 43 nicht mehr übernommen habe. Der badische Staat könne sich daher nur an das Reich wenden, wenn die Reichsbahngesellschaft den Weiterbau der Bahnlücken ans Mangel an finanziellen Mitteln ablehne.

Das Reich habe auf alle Fälle die Pflicht, die badischen Bahnlücken hier zu wahren, genau wie in Bayern. Der Ausschuß war sich einstimmig klar darüber, daß Baden, gemäß § 17 des Staatsvertrags vom Reich verlangen müsse, gleich Bayern behandelt zu werden und daß die Bahnhäuser unbedingt fertig gestellt und weiter geführt werden müßten.

Der Antrag Dr. Glöckner, der die gleichmäßige Behandlung aller Bahnhäuser forderte, wurde, nach Ablehnung des Zentrumsantrags, einstimmig angenommen. Im Anschluß daran fand eine allgemeine Aussprache über die Eisenbahnverhältnisse in Baden statt, bei der die verschiedenen geplanten Bahnhauptbahnen in Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Singen usw. einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde.

In der Nachmittagsitzung wurde dann die Beratung aller aus den Kreisen der verschiedenen Parteien eingegangenen Anträge aufgenommen, die sich mit dem Steuerwesen befassen.

Diese Anträge gliederten sich in vier Gruppen:

1. Allgemeine Steueranträge,
2. Anträge zum Gebäudefondssteuergesetz,
3. zum Einkommensteuergesetz und
4. Anträge zum Finanzausgleich zwischen Reich, Länder und Gemeinden.

Der Finanzminister gab zunächst nochmals der schwierigen Lage Ausdruck, wie sie sich für die Länder ergebe ab 1. April 1925, da die neuen Steueranträge, wie der vorgelegene neue Finanzausgleich sich in ihrer Wirkung auf Länder und Gemeinden nicht übersehen läßt. Es sei also beim Herantreten an alle Steueranträge größte Vorsicht auf ihre finanzielle Auswirkung geboten.

In der Einzelberatung wurde sowohl ein Antrag des Zentrums, Verwirklichung Schwerindustriebeschäftigung bei der Steuerentlastung und Stundung, wie der Antrag, Abschlag der Steuer in Steuerbezirken, nach sachlicher Aussprache einstimmig angenommen.

Die Anträge des Zentrums, Senkung der Steuern verzugsweise für die wirtschaftlichen Steuerpflichtigen, und Grund- und Gewerbesteuer für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke betr., wurden durch die imhiesigen getroffenen Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt.

Der Antrag des Zentrums, die Verzugszuschläge für verspätete Steuerzahlungen zu ermäßigen, wurde nach längerer Debatte mit 13 gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Die Sozialdemokratie war gegen diese Ermäßigung, weil sie nicht nur den Heimen Steuerzahlern, wo es an und für sich berechtigt wäre, sondern auch den großen leistungsfähigen Betrieben zu Gunsten der ihrerseits in der Lage sind, mit den gestundeten Steuerbeträgen noch spekulative Geschäfte aller Art zu machen, besonders wenn der Abschlag für die Steuerzahlung niedriger sei, wie die regulären Zinssätze der Banken.

In der fortgesetzten Beratung am 28. Januar wurde zunächst über die Stellungnahme des badischen Finanzministeriums, bezugl. der badischen Regierung zur Frage der Gehaltssicherung der Angestellten in Baden beraten. Wie bei den vorangegangenen Steuerdebatten, kam auch hier immer und immer wieder die Sicherung der landwirtschaftlichen Interessenten über die Notlage der badischen Landwirtschaft zum Ausdruck, oft jenseitig vermissend, auf die in anderen Kreisen, besonders der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, den Sozial- und Kriegsebenen herrschende viel größere Notlage.

Der Regierungsvorschlag im Nachtragsetal für Neubildung des Fagelversicherungsfonds des Betrages von 120.000 Reichsmark einzustellen und außerdem auf die Staatskasse statt bisher 6 Prozent der Nachschußprämien von 20 Prozent zu übernehmen, was einer weiteren Mehrausgabe von 74.000 Reichsmark entspricht, wurde in der Abstimmung mit allen Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

In der Weiterberatung der Anträge zum Gebäudefondssteuergesetz wurde der Antrag des Landtages, auf Aufhebung des Gesetzes mit 10 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Auch die Regierung wandte sich gegen die Aufhebung, weil nur auf diesem Wege Mittel für den Kleinwohnungsbau verfügbar gemacht werden können, wenn auch die vorhandenen Mittel seit etwa 6 Wochen völlig aufgebraucht seien. Die vom Ministerium des Innern dem Landtage vorgelegte Denkschrift über den Wohnungsbau sehe entsprechende Maßnahmen vor.

Interessant war neben der Stellung des Landtages die des Vertreters der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Grund- und Hausbesitzes, der offen zugab, daß ihr Ziel sei, die Steuer zu heftigen, die Miete aber nicht zu ermäßigen, sondern ab 1. April 1925 auf die Friedensmiete zu erhöhen.

Der Antrag des Zentrums, den § 11 des Gesetzes zu ändern, in dem in Absatz 1 der letzte Halbsatz: „falls sie (die Gemeinden) den Ausfall durch andere als steuerliche Mittel decken“, zu streichen, wurde nach längerer Aussprache mit 10 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Zentrum) angenommen.

Hierdurch sollen die Gemeinden das Recht erhalten, unter Nebenabnahme der ihnen obliegenden Pflichten, wie Wohnungsbau und Sozialfürsorge, die von ihnen hierzu aufzubringenden Mittel, also den Gemeindeanteil, anstatt durch die Gebäudefondssteuer durch die allgemeine Umlage aufzubringen.

Begen diese Forderung wandte sich vor allem die Sozialdemokratie, die darauf hinwies, daß durch eine solche Möglichkeit gerade die im Gebäudefondssteuergesetz vorgezeichnete Entlastung der kleinen Steuerzahler aufgegeben werde und die gegenwärtige Wirkung, eine Senkung der kleinen und eine Entlastung der großen Steuerzahler eintrete, eine Maßnahme, deren Vertretung durch das Zentrum ersichtlich sei.

Diese Argumentation wurde von demokratischer Seite unterstützt, von allen anderen Seiten aber abgelehnt.

Der Landtag zeigte sich aber von der schärfsten Seite, indem sein Vertreter dem Zentrum gegenüber, das die Politik ablehnte, „alles oder nichts“ den Ruf machte: „Sie können nicht die

Politik, alles oder nichts, treiben, das können nur wir!“ Diese geistige und politische Reife des Landtages wurde mit gebührender Heiterkeit aufgenommen.

Die weiter vorliegenden Änderungsanträge zum Gebäudefondssteuergesetz, wie der sozialdemokratische, die für den Wohnungsbau vorgezeichneten Mittel von 25 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen, wurden, nach Ausführungen der Regierung, bis nach den Beratungen in Berlin zurückgestellt.

Der Antrag der Sozialdemokratie, alle Anträge, die das Gebäudefondssteuergesetz betreffen, also auch die bereits angenommenen Anträge des Zentrums zurückzustellen, scheiterte an der Haltung der Mehrheit des Ausschusses; der sozialdemokratische Antrag wurde mit 11 gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt der Antrag auf Zurückstellung der übrigen Anträge mit 12 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Hierauf wurde in die Beratung der sozialdemokratischen Anträge eingetreten, die Lohn- und Gehaltssteuer betz., deren Beratung aber noch nicht abgeschlossen ist.

Kleine badische Chronik

Münsterheim (bei Breiten). Bei einem hier verendeten Hund ist Tollwut festgestellt worden. Das Bezirksamt Breiten hat deshalb Hundepetze bis Ende März ds. Js. für den Bezirk Breiten angeordnet.

Willsheim (bei Rosbach). Mittwoch morgen brannte hier das Anwesen des Zigarrenfabrikanten Günther nieder. Das Feuer griff so schnell um sich, daß nichts mehr gerettet werden konnte. Eine 15jährige Tochter des Besitzers fand in den Flammen den Tod. Erst bei den Aufräumungsarbeiten wurde das Mädchen, dem Kopf, Hüfte und Hände fehlten, gefunden. Der Besitzer ist verheiratet. Ueber die Entscheidungsurteile des Feuers ist noch nichts bekannt.

Bertheim. Beim Bau der hiesigen Mühle erkrankte sich ein Unglücksfall. Beim Tragen von Eisenarbeiten fiel dem Maurer Ernst Kubin ein Balken auf den rechten Unterschenkel und geriet in die Tiefe.

Willingen. Im Weiler ist das Anwesen des Landwirts Wöhner in Flammen aufgegangen. Obwohl die Wehren der Nachbargemeinde alsbald zur Stelle waren, konnte die Vernichtung des Hofes bis auf die Grundmauern nicht verhindert werden. Das Vieh und ein großer Teil der Fahrnisse ist gerettet, doch ist der Weiler nicht in voller Höhe versichert. Das gleiche Anwesen ist vor kurzem schon einmal niedergebrannt und auch der Hof des Vaters des jetzigen Besitzers fiel an dem gleichen Platz in den 60er Jahren einem Brand zum Opfer.

Säckingen. Die Tochter des Aberrichters wollte zu einem Augenarzt nach Freiburg fahren. Kurz nach Abfahrt des Junges bekam sie einen Schwindelanfall und als sie in Hirsfelden aus dem Zuge getragen wurde, erlag sie kurz darauf einem Herzschlag.

Konstanz. In Freudenau brach in dem Wohn- und Dekonomiegebäude des Landwirts Ellensohn Feuer aus. Da keine männlichen Personen zugegen waren, konnte dem Feuer kein Einhalt geboten werden. Es wurde kaum etwas gerettet, selbst das Vieh kam in den Flammen um. Die Entscheidungsurteile ist unbekannt.

Redar-Verkehrs-Verein. Der Verkehrsverein der Kreisstadt in Wimpfen gegründeten Interessengemeinschaft (Redarverkehrs-Verein) der im Redartal liegenden Gemeinden dient am vergangenen Dienstag seine erste Tagung ab. Zur Vorbereitung und Aufschlüsselung standen vor allen Dingen die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Bahnlinie Heilbronn—Eberbach—Heilbronn und Frankfurt—Eberbach—Heilbronn—Stuttgart. Die Güter, die letzten Sommer von Frankfurt bis Heilbronn verschiften, sollen künftig von Frankfurt bis Stuttgart durchgeföhrt werden. Alle weiteren Details der Eisenbahnfragen wurden einem Verkehrs-Ausschuß zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Herausgabe eines Redartalprospektes wird die nächste Aufgabe der Interessengemeinschaft sein. Dieser Prospekt wird alle beteiligten Orte mit Abbildung und kurzer Beschreibung enthalten. Eine großzügig angelegte Propaganda soll über ganz Deutschland verbreitet und die Schönheiten des Redartals und seine vorzügliche Eignung für Erholungsreisen und Wanderungen sollen in Wort und Bild möglichst weiten Kreisen bekannt gemacht werden. — Ferner ist ein Sammelreferat in allen großen bedeutenden Zeitungen geplant. Zur Ausführung dieser Pläne wird selbstverständlich die finanzielle Unterstützung seitens der beteiligten Gemeinden erwartet.

Warnung vor einer Schwindlerin. In Oberbaden ist in letzter Zeit wieder eine bekannte und schwer belastete Betrügerin als Frau Berger aus Karlsruhe aufgetreten, die sich aus Wimpfen 28.11.12 nennt. Sie rekonstruiert mit ihrem Reichum, fast Quartier für ihre Tochter und sich zu einem früheren Ausrufershalt und besitzt es, Hotelbesitzer und Personal zu betriegen. Sie ist 46 Jahre alt, 1,62 Meter groß, dunkelblond und ist mit Rüstholz, Aufhängemantel, Samtrock und grünen Wolljumper bekleidet. Ihr Erscheinen wird gremäßigweise sofort der nächsten Polizei- oder Gendarmenstelle zur Veranlassung der Festnahme mitgeteilt.

Markt und Handel

Das Karlsruher Verfahren ist über das Vermögen des Kaufmanns Franz S o d a p p in Karlsruhe (Wahlstr. 44) eröffnet worden.

Mannheimer Produktentwürfe vom 29. Jan. Weizen inländ. 27.50—28, ausländisch 24—26, Roggen inländisch 26.50—27, ausländisch 20.50—21, Hafer inländisch 19—21, ausländisch 21—25, Braugerste 20.5—24.5, Gelber Weizen in Süd 25.5—27.75, Weizen, Rüstmantel, Samrock und grünen Wolljumper bekleidet. Ihr Erscheinen wird gremäßigweise sofort der nächsten Polizei- oder Gendarmenstelle zur Veranlassung der Festnahme mitgeteilt.

Gerichtszeitung

Ein Landfriedensbruchverzeß. Das Schöffengericht Konstanz legte letzten Dienstag den ganzen Tag in Willingen, um über den Willinger Landfriedensbruch am 8. September vorigen Jahres zu verhandeln. In jenem Tag war in der Turnhalle in Willingen eine geschlossene Versammlung des deutschen Jugendbundes, Landesverband Südwest. Nach Schluß der Versammlung wurden die Teilnehmer von einer lärmenden Menschenmenge auf der Straße empfangen, ein Steinwurf erfolgte und mit Steinwürfen überschüttet. Dabei wurden mehrere Personen, darunter auch ein Kaufmann, der dem Jugendbund nicht angehörte, verletzt. Letzterer erhielt zwei Messerstiche. Die meisten an der Demonstration teilnehmenden Personen waren nicht zu ermitteln. Auf der Anklagebank saßen der 19jährige Kaufmann Erich Schloß, der 20jährige Hilfsarbeiter Eugen H f a l g wegen schwerer Landfriedensbruches, sowie der 23jährige Richter Karl Steiger und der 25jährige Weiler Karl W o f f e r l, sämtlich in Willingen wohnhaft. Die beiden Letzteren wegen einfachen Landfriedensbruchs. Das Urteil lautete bei den ersten zwei Angeklagten auf je 3 Monate Gefängnis, bei den beiden letzten auf je 3 Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurde Strafausschub auf Wohlverhalten erteilt.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, Pianohaus Lang Kalsauerstrasse 107/108, Salamander - Schulhaus

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Kestitalo kam die Angst: „Will die Berrückte denn verraten, daß es im Kornkasten ist?“
„Ich weiß es, denn wir haben es zusammen gestohlen!“ rief die Tochter immer lauter. „Aber mag er es selbst sagen.“
„Es ist nicht wahr!“ wollte Kestitalo schreien. „Mama hat es gestohlen, und ich hab's nur versteckt, damit das Geschäft nicht in Schande fäme.“ Aber er brachte keinen Laut hervor, so sehr er auch versuchte.
Da gewahrte er Untela vor sich. Ihm schwindelte — das Geld gehörte ja Untela, die anderen halfen ihm nur.
„Ich habe doch die ganze Zeit gewußt, daß du etwas hast“, erklärte Untela leise. „Sag's jetzt, armer Kerl, sag's endlich — vielleicht können wir uns verständigen.“
Kestitalo hätte jetzt mit Untela unter vier Augen sprechen wollen, aber er brachte wieder keinen Laut über die Lippen.
„So ein Schuft!“ riefen die Tawasten aufgebracht. Und die Savolager, die sich nun, dem Hof zur Hälfte fallend, angehimmelt hatten, Kimpilänen an der Spitze, lächelten so spöttlich, daß er die Augen schließen mußte.
„Langsam voran, Männer“, rief Untela. „Kommt mal etwas hierher!“
Kestitalo sah jetzt an Untela mehlschäblicher Mühe, daß er in Wirklichkeit ein Müller war und daß seine Mühlmühle unmittelbar neben dem Fierdestall stand. Alle gingen hinter Untela zu der Mühle.
„Bist jetzt in die Hölle, damit sie sich besser drehen!“ forderte Untela sie auf.
„Alle hielten aus Verbrennen, die Tawasten und die Savolager, ja auch die Magd Riita und die Frauen seiner eigenen Tagelöhner unter ihnen. Die Flügel schnurrten von Sekunde zu Sekunde immer wilder herum.“
Da stieg der Oberstein der Mühle laufend durch die Wand und kam durch die Luft auf Kestitalo zu, indem er sich immerfort wild drehte.
„Wißt du's endlich sagen?“ fragte Untela, unter dem Stein hergehend.
Der Stein näherte sich und näherte sich, jetzt war er gerade über Kestitalo und drehte sich, daß die Funken sprühten.
„Wißt du's endlich sagen?“ fragte Untela wieder, mit der Hand deutend, wobei sich der Stein bis an Kestitalos Brust herabsenkte.
Der Schweiß lief in Strömen an Kestitalo nieder, während er dem entsetzten Drehen zusah. „Ja, ja!“ rief er mit aller Kraft.
Aber es war wohl nicht zu hören gewesen, denn Untela sagte voll Aerger: „Sag's nur ja!“ und deutete mit der Hand — der Stein senkte sich mit einem Knack auf seine Brust.
„Ja, ja!“ brüllte Kestitalo mit letzter Kraft.
„Kuitaa, Kuitaa — drückt dich denn wieder der Alp?“ rief die Frau geängstigt, indem sie sich im Bett auflegte.
Kestitalo schnürte es so die Brust zu, daß er kaum Atem holen konnte. Es dauerte eine Weile, bis er darüber ins klare kam, daß er nur träumte.
„Doch mich ein wenig ausruhen, dann wollen wir reden“, sagte er, den Kopf müde an die Schulter seiner Frau lehnen.
Sie erwiderte nichts, sondern legte nur ihre Hand auf seine nachstehende Stirn, wonach ihm allmählich wohlter wurde.
„Gerade wie im Traum“, dachte Kestitalo. „Schwach und grau bin ich geworden und schwache in der Nacht. Alle erwarten, daß ich es endlich tue.“
Jetzt begriff er, woraus sein furchtbarer Traum entstanden war: er hatte gesehen, wie seine Söhne am Abend Hanna heimlich etwas eröffnet hatten. Er konnte erraten, was es gewesen war — bald würden sie es auch ihm selbst eröffnen.
Werkwürdig!! Damals in Tawastland war es ihm im Vergleich zu den vielen Schwierigkeiten des Lieberfeldungsplans als eine Kleinigkeit erschienen, sich Untela mitzuteilen. Jetzt aber, da die Zeit gekommen war, erkannte er, daß darin schließlich alle's beruhte. Und so hatte er die letzten Wochen in einer ständigen Bedrängnis gelebt, die noch dadurch erhöht wurde, daß er nicht einmal mit seiner Frau sprechen konnte, weil er sie schämte und diese furchtbare Last allein tragen wollte. Außerdem hatte er bis zu allerletzter auf einen wunderbaren Zufall der Vorhersage gewartet, auf einen Unfall oder etwas anderes, das sie mit einem Schlag retten würde.
Jetzt sah er ein, daß es so nicht weitergehen konnte. Sie mußten sprechen und dann tun, was zu tun war.
Die Frau war erfreut, daß Kestitalo endlich die Sache zur Sprache brachte.
Aber sie waren beide gleich ratlos. Klar war nur, daß der Qual ein Ende gemacht werden mußte.
„Soviel ich verstehe, müssen wir Untela alles sagen, wie es ist“, seufzte die Frau. „Man muß sich auf seine Güte und auf die göttliche Gnade verlassen, hier helfen die eigenen Kräfte doch nichts. Und ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn man es ihm schon damals in Tawastland ohne Hinterhalt mitgeteilt hätte.“
Das konnte Kestitalo sogar in seiner gegenwärtigen Bedrängnis nicht einräumen; etwas war durch diese Lieberfeldung gewonnen worden. Und er konnte immer noch nicht auf die Hoffnung verzichten, daß sich doch alles gut auflösen werde, wenn man nur nichts überreife. Es war da allerdings ein erschreckend dunkler Punkt, den er erst in letzter Zeit angefangen hatte genauer in Betracht zu ziehen. Ein Argwohn erwachte natürlich auf

alle Fälle in Untela. Aber war er wohl ganz sicher, daß das Kind nicht das seine sein konnte?
Weiter kamen sie in dieser Nacht nicht, obgleich sie stundenlang wachten.

Der Damm war jedoch gebrochen, sie beratschlagten nun in der Stille jeden Tag.
Oder richtiger: sie quälten einander. Denn Erleichterung brachten diese Beratungen nicht, im Gegenteil verjagten sie sich in immer tieferer Hoffnungslosigkeit. Wenn Untela nur argwöhnte, konnte sich alles nach und nach ausgleichen, aber wenn er ganz sicher war — was dann?

Kestitalo begann in seiner Bedrängnis seine Zuflucht wieder immer mehr zur Bibel zu nehmen. Sie tröstete und stärkte ihn doch stets, weil auch darin von Leiden und schweren Tagen erzählt wurde. Namentlich die Schande Davids während seiner letzten Lebensjahre und seine grausamen Leiden um seiner Kinder willen gemahnten so wunderbar an sein eigenes Schicksal.

Sein Leidester entging Untela nicht.
„Du hast dich ja sehr fleißig auf das Lesen geworfen“, sagte er einmal gutherzig.
Kestitalo erwiderte und blickte Untela forschend an, bemerkte aber nichts Verdächtiges.

„Ich habe immer gern gelesen“, sagte er müde. „Und wenn man krank ist und an einem fremden Ort lebt, fühlt man deutlich, daß man hienieden wirklich ein Wandersmann ist.“

„Das ist ja wohl so — und je nach dem einer veranlagt ist“, entgegnete Untela. „Ich gebe nicht viel auf das Lesen, weil ich nicht daran gewöhnt bin. Und wenn man sich bemüht, immer allen Menschen recht zu tun, dann mag man wohl auch an einen guten Ort gelangen — das ist doch gewiß.“

Kestitalo blickte wieder forschend auf, doch sah er an Untela nichts als das unerhätterliche Vertrauen darin, was er sagte. Er seufzte tief. Aber zugleich bligte es in ihm auf, daß jetzt eine günstige Gelegenheit sei, Untela darauf vorzubereiten, was eintreten mußte.

„Ja, dahin hoffen wir ja alle zu kommen“, sagte er. „Aber der Weg ist schmal und die Spalte ist eng — ich meine, wir müssen durch viele Leiden und Prüfungen hindurchgehen, ehe wir tauglich sind.“

Untela hörte andächtig zu, denn das war seiner Meinung nach schon gesagt. In seinem eigenen Glauben aber war er unerhätterlich.

„Ja, ja, es ist ja natürlich alles zum Besten“, schloß er aufstehend. „Aber am stärksten verlaße ich mich dennoch darauf, daß es doch wohl gut auslaufen muß, wenn man nie unrecht tut.“

Kestitalo blickte ihm lange nach.
Das Gespräch mag zu nichts geführt haben, dachte er — ja, er fühlte geradezu einen Stich in der Brust, wenn er sich überlegte, was der andere gesagt hatte.

Von dem Augenblick an wurde sein Verhältnis zu Untela noch quälender. Er begann fast Gewissensbisse zu spüren, wenn er sah, in welchem guten Glauben sich jener mühte. Und weshalb sollte sich Untela nicht mühen? Er hatte doch niemandem unrecht getan, Kestitalo peinigte es geradezu, daß Untela ein solcher Mustermensch war. Wäre er faul, boshaft oder sonst mit Fehlern behaftet gewesen, dann wäre ihm viel leichter gewesen — er hätte dann sein Schicksal gleichsam verdient gehabt.

So verging ein Tag nach dem andern, ohne daß sich Kestitalo je entschließen konnte: heute soll es geschehen!
(Fortsetzung folgt.)

Zur Berufung eines Professors an die Karlsruher Kunstakademie

II.

Es ist höchst begründbar, daß durch unsere Stellungnahme zur Besetzungfrage einer Professur an der Karlsruher Akademie sich prominente Kreise für diese wichtige Frage interessieren. Von Seiten des Herrn Finanzministers ging uns in dieser Angelegenheit ein Schreiben zu, aus dem zu entnehmen ist, daß Herr Dr. Köhler, als er das Amt des Staatspräsidenten bekleidete, wiederholt Aelterbeurteile machte. In dem Schreiben weist auch Herr Köhler darauf hin, daß einem Minister bei seiner gebührenden Arbeit nicht viel Zeit übrig bleibt, um sich an geselligen Vereinigungen zu beteiligen. Wir waren oftmals Zeuge der überaus großen Regierbarkeit und des sichtlichsten Interesses, das Dr. Köhler als Staatspräsident dem Leben der badischen Republik gegenüber befand, zum Aufbegehren der badischen Aristokratie, die nun sehen mußte, wie ein Mann auch zu repräsentativen Berufen, der nicht aus ihrem Konfliktkreis kommt.

Dem Aelterbeurteil kam es in seiner Arbeit u. a. auch darauf an, hinzuzusetzen, daß in Karlsruhe sehr wohl, wie beispielsweise in Mannheim, Darmstadt, Stuttgart, selbst Freiburg, gewisse Kreise mehr Interesse an dem Kunstleben der badischen Hauptstadt zeigen könnten. Diese ewig Metropektiven sind immer noch verstreut, sie wissen aber nicht weshalb. Das spüren unsere Künstler; es erschwert ihnen, da sie unter einer besonders starken Depression leiden, die Arbeit. Man kann es ihnen z. B. nicht ausreden, daß lediglich eine Unerschicklichkeit vorliege, als anlässlich der großen Gewerksammlung im letzten Herbst, die von Vertretern aus ganz Deutschland besucht war, das zuständige Ministerium durch seinen jüngsten Regierungsrat ein Begrüßungsprädium heruntergelassen ließ. Dieser verjagte Begrüßungsakt war für die Gäste die Bestätigung der Meinung, die draußen im Reich über die Wertung der bildenden Kunst in Karlsruhe verbreitet ist. —

Man hat draußen im Reich auch den Debacale, den die große deutsche Kunstausstellung Karlsruhe erlebte, noch nicht vergessen. Nach und nach erfuhr man die unerfreulichen Gründe des Mißerfolges der Ausstellung und war in den Künstlerkreisen empört. Es wurde mit Recht nach Schuldigen, nach Berant-

wortlichen gesucht, die man dann auch im Kunstdezernat des zuständigen Ministeriums fand. Es will bedünken, daß trotz der „vorgenommenen Revision“ dort nicht die Persönlichkeiten amten, die das überaus schwierige Kapitel „Umgang mit Künstlern“ bewältigen. Bekanntlich läßt sich auch mit Paragrafen trefflich streiten. Künstler reagieren aber nicht rasch auf dieses Kampfmittel. Sie lassen sich nur von Leuten überzeugen, von denen sie merken, daß Erfahrung und eig. gewisser künstlerischer Blick für „Gut und Böse“ ihre Handlungsweise diktiert. Mit Recht sind die Künstler in Karlsruhe aller Obrigkeit gegenüber sehr mißtrauisch geworden. Trotz Einsatz ihrer besten Kräfte sank das Niveau, ohne Verschulden der Künstler. Die Kunst ist der Kunst in der „südwestdeutschen Kunstmarkt“. Das unglückselige Disponieren berufener Unberufener bewirkte den Schaden. Nur wenn frischer Wind die Segel bläst, ist eine Sanierung auch in dieser Kunst möglich, nur dann, wenn die richtigen Persönlichkeiten an den rechten Platz gestellt werden.

Die getränkten Schafe

Ein Fabel von Felix Knecht

Die Schafe kamen einst zusammen, um Klage zu führen gegen die Menschen. Besonders heftige Stimmen erhoben sich bei den jungen Schafen dagegen, daß die Menschen immer wieder auf neue den ehrlichen Namen der Schafe schändeten, indem sie ihn in beschimpfender Absicht gebrauchten, wenn sie jemand als dumme bezeichnen wollten. Darin haben alle Schafe eine schwere Klage. Sie wählten deshalb eine Abordnung, die von den Menschen verlangen sollte, daß sie in Zukunft den Schafennamen nicht mehr als Schimpfwort gebrauchten. Wenn aber die Menschen in ihren Belästigungen fortfahren würden, dann wollten sich die Schafe von den Schändern ihres Namens nicht mehr die Wolle absheren lassen.
Nach einiger Zeit versammelten sich die Schafe wieder. Sie wollten hören, wie sich die Menschen zu ihrer Forderung stellten. Der Führer der Abordnung — ein alter Hammel — hielt eine große Rede, worin er die wichtigsten Punkte vortrug: Die Menschen hätten versichert, daß sie den Namen der Schafe überhaupt nicht in beschimpfender oder kränkelnder Absicht gebrauchten. Im Gegenteil, sie würden nur solche Menschen mit dem Schafennamen ehrenvoll auszeichnen, die die größte Tugend der Schafe, die Sanftmut, in besonders hohem Maße besäßen. Er, der Hammel, habe den Eindruck, daß sich die letzte Versammlung von den Jungen ohne Grund habe aufwiegen lassen. Nach seiner Meinung liege kein Anlaß vor, sich getränkt zu fühlen; er empfehle deshalb den Schafen, daß sie wie bisher sich auch in Zukunft von den Menschen sheren lassen sollten.
Da blühten die Schafe ein zustimmendes „Wä“, und es blieb alles wie es war.

Schrift und Volk

Das Alphabet hat eine achttausend alte Geschichte hinter sich, und gerade weil die Anfänge des Alphabets über die Verwendung bei den Germanen, Keltikern und Griechen hinaus in eine alte orientalische Zeit reichen, darum ist die Erforschung des Alphabets immer noch eine Aufgabe der Kulturgeschichtswissenschaft.

Die griechische Ueberlieferung bezeichnet die Phönizier als die Erfinder des Alphabets. Es ist auch ziemlich sicher, daß die Phönizier bei ihrem Handel mit den Griechen diese mit der Schrift bekannt machten. Von Volk erfolgte die Uebertragung auf Volk im ständigen Verkehr und allmählichen Uebergang.

Daß die Phönizier nun auch die Erfinder des Alphabets sind, wird wie meist so auch von dem Orientforscher und Ethnologen Prof. Dr. Stübe in einer neuen Untersuchung bezweifelt. Die Spuren der Unterjochung führen vielmehr zunächst zu den Semiten. Aber die Semiten haben das Alphabet wahrscheinlich dem damals führenden Kulturvolke entlehnt, den Aegyptern, zumal Etrien um 1200 vor Christus noch ägyptischer Weisheit war. Und man hat die Entlehnung des Alphabets für die Zeit zwischen 1000 und 1400 unserer Zeitrechnung bestimmt.

Wederfalls ist der Schöpfer des Alphabets das Volk, welches Volk es auch gewesen sein mag. Das Alphabet ist nicht die selbständige Erfindung eines genialen Kopfes. Es ist im Laufe langsam geworden aus der Nachbildung älterer primitiver Vorbilder heraus. Wie die Sprache so ist auch die Schrift ein festes Kulturprodukt.

Theater und Musik

Landestheater. Die Vortragsfolge des fünften Sinfonieorchesters, das Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im Landestheater stattfindet, bringt wiederum einige interessante Novitäten. Zum ersten Mal erscheint ein Werk des in Darmstadt wirkenden Komponisten Joseph Rosenstock im Rahmen dieser Konzerte, seiner „Ouvertüre zu einem heiteren Spiel“ (op. 5). Sodann gelangt ein Violinconcert von Max Trappe-Berlin mit Professor Guisab Sagemann-Berlin als Solisten zur Vortragsführung. Max Trappe, der sein Werk persönlich dirigieren wird, ist in Berliner Musikkreisen sehr geschätzt und bekannt. Das musikalische Hauptwerk des Abends bildet die längst anerkannte und durch ihren programmatischen Inhalt berühmt gewordene Kantatide „Einführung von Hector Berlioz. Am Dirigentenpult wird Staatskapellmeister Alf. Lorenz stehen.

Bücherschau

Alle hier bezeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Erwin Weiss: Der Kaiser zu den tausend Tannen. Carl Schubert Verlag, Wien-Leipzig. Mit atemloser Spannung und nerviger Hast entrollen sich vor unseren Augen die Schicksale eines Chinesenknaben und eines jarten Chinesenmädchens. Von den Grausamkeiten chinesisches Mordwillens hinweg führt der Reg. verführungen und verwirrt in jahrelanger Trennung nach Paris, wo beide sich am Schluß wiederfinden und vereinen. Die ganze Figur der Giulia d'Aspre und ihres Geliebten haben ein wirkungsvolles Rendent. — Alles in allem so unbeschreibend, so voll atemberaubendem Tempo, wie im Film. Viel Schönes, Feines ramt sich um dieses Werk, das Asportage ist.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 30. Januar

Geschichtskalender

30. Januar. 1649 Einrichtung Karls I. England wird... 1919 Erlass einer neuen Landarbeiterordnung... 1923 Austritt der jüdischen Regierung aus...

Parteinachrichten des Soc. Vereins Karlsruhe. Sozialdemokratische Bürgerauskunftstraktion. Die auf heute abend angelegte Fraktionssitzung...

Achtung! Bezirksleute! Die Bezirksleute (auch der Sororität) werden zu einer kurzen aber dringenden Besprechung auf Samstag nachmittags 5 Uhr...

Junges Frauenleben. Heute Zusammenkunft im Jugendheim. Referat und Aussprache. Entgegennahme des Januarheftes.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Südtadt. Heute Freitag abend 8 Uhr im Lokal zur... Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Mittadt. Sonntag, den 1. Februar, morgens 9 Uhr Ausmarsch. Antreten Ecke Waldhornstraße und Schloßplatz.

Weststadt. Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr. Versammlung im Lokal „Unter den Linden“.

Mühsung. Sonntag, den 1. Februar Ausmarsch. Antreten morgens 9 Uhr Stadtkirche beim Feuerwehrturm.

Karlsruhe den höchsten Mehlpreis

Nach den statistischen Erhebungen am 21. Januar in 18 deutschen Großstädten bewegt sich der häufigste Preis für 1 Pfund Weizenmehl zwischen 20 und 27 Pfennig. Der höchste Preis — mit 27 Pfennig für das Pfund — wurde in Karlsruhe festgestellt...

Wo und wie bei der Reichsbahn-Gesellschaft Bahnbauinspektion Karlsruhe 1 geparkt wird

Es wird uns geschrieben: Bei der Reichsbahn-Gesellschaft geht es zu 31. mehrwöchig zu. Die Reparationsarbeiten, die nicht niedrigen Gehältern der abgehenden Beamten, ja auch nicht die Beamten, müssen in ihrer Menge abgedeckt werden...

Den Bahnarbeitern war seit vielen Jahren geklagt, daß ein Mann für die übrigen Arbeiter das Frühstück in der Kantine während der Arbeitszeit abholen kann. Ein Verbot, das überall auch in Privatbetrieben üblich ist...

Wenn auch nur ein Teil des Offens zur Beseitigung der sonstigen Mängel an den Tag gelegt würde, dann würde es in wirtschaftlicher, auch gesundheitlicher Hinsicht der Arbeiter besser ausfallen. Zur Reinigung des Arbeiterwohnraumes wurde die notwendige Zeit auf eine halbe Stunde reduziert...

Bei den Arbeitern hat man die Arbeitsbedingungen streng angedenkt. Die letzten Arbeiter wurden beispielsweise bei dem Bau der Karlsruher III. Reichsbahn, aber der letzte Dienstverhältnis ist unentgeltlich. Die wirklichen Selbstbehälter hat man auch nicht entdeckt, auch nicht die gute Arbeit, von wofür eine f. J. auf Wohlverhalten — nach weitgehender Untersuchung — weiter beschäftigt wurde...

Der Bahnbauinspektion Karlsruhe wäre zu raten, daß sie auch einmal bei den vielen Beschwerden die wirklichen Mängel auf die Tagesordnung setzen würde. Die Arbeiterzahl der einzelnen Bm ist so gewaltig eingeschränkt worden, trotzdem werden die wenigen Arbeiter zum Umbau in dem Rangierbahnhof zusammengezogen, das andere bleibt liegen...

Will man diese nicht einstellen, so soll man einmal zu diesen Arbeiten, die bei anderen besonders oberen Stellen vorhandenen überzähligen Kräfte heranziehen. Der Versuch der wirklichen Arbeit würde zweifellos den Wohnverhältnissen der Arbeiter nicht nachteilig sein...

Das Wesen des Krieges und die Erziehung zum Frieden

Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, die sich durch eine rührige Versammlungstätigkeit in den letzten Jahren besonders bemerkbar macht, gab am Mittwoch abend im Stadtkammerlokal in der Karlstraße einer gut besetzten Podiumsdiskussion Gelegenheit, das Wesen des Krieges und die wichtigsten Erziehung zum Frieden, zur Menschlichkeit...

Dr. Eise Doffenheimer-Windchen verdient für diesen inhaltlich in realer Blaufarbe gezeichneten Vortrag den aufrichtigsten Dank. Die meisterhafte Art der gedanklichen und sprachlichen Formulierung ließen das Ausgeführte zu einem tiefen, häßlichen Erlebnis werden. Die Frauenliga für Frieden und Freiheit, so betonte Dr. Eise Doffenheimer zu Beginn ihres Vortrages, versteht sich nicht...

ihrem Bestehen den Grundzug: „Absolute Ablehnung des Krieges, überhaupt jeder inneren und äußeren Gewalt.“ Der Weltkrieg hat ungezählten Menschen tiefstes Elend in seelischer wie körperlicher Beziehung gebracht. Die Freiheit des Individuums nach dem Kriege ist geistig, politisch, wirtschaftlich zur Farce geworden; sinnloser Klassenkampf hat den Menschen noch den letzten Lichtstrahl der Hoffnung und des Vertrauens fast gänzlich verdrängt. Wie führen reale Tatsachen, objektive Wahrheiten zum Kriege, sondern das Wesen des Krieges, des unheimlichsten, unmenslichsten, geseigerten Wahns sind dynastische, militärische oder kapitalistische Machtinteressen, die diese Feuer zum Brennen und zu ungeheuren, alles zerschmetternden Bränden schüren. Kein Krieg entscheidet für das Recht einer Sache, löst nicht die bestehenden Komplikationen, sondern verwickelt die Schwergewichte des Friedens in langwierigen Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat gebracht werden sollen. Die Tatsache, daß Kriege waren, beweist noch lange nicht, daß sie notwendig und mit dem Wesen des Menschen untrennbar verflochten sind. Es liegt im Wesen des Krieges, ungedachte Friedensschlüsse zu zeitigen. Ist bei den Menschen die Einsicht vorhanden, daß der Krieg ein furchtbares Übel ist, dann müssen sie auch das verhindern können, wozu sie übergenötigt sind. Wahrscheinlich ist nicht der Wunsch, sondern die unbedingte Möglichkeit der Herbeiführung des Friedens, der Freiheit, des Sozialismus. Der Nutzen eines Krieges ist nur vorgetäuscht, denn er wächst nur aus dem Schaden des Unterlegenen. Der Krieg baut nichts auf, erzeugt nichts, sondern zerstört, mordet, verwirrt, demoralisiert. Eine unumgängliche Notwendigkeit ist eine neue Erziehung zum Frieden, zur Welt. Untere großen und größten Dichter haben in dem Bewußtwerden der Freiheit, der Verschönerung der Welt, das höchste Ziel zur Weltlichkeit. Das ist vollstündige Fehlen des Geistes und Willens zum Frieden machen die Kriege möglich, also nicht Materie, sondern Geist ist schuld; denn der Geist gestaltet den Körper, die Welt. Die Menschen selbst lassen also die Kriege entstehen, die sie verhindern könnten. Liebe, Freiheit, Mensch, diese hohen Grundtugenden sollen ewig unantastbare Heiligtümer der Menschheit sein.

Die kurze Ansprache führte Professor R. u. g., Landtagsabg., Gaebler und Baurat Ritter an das Rednerpult. Dabei wurde eindeutig, der Wirklichkeit entsprechend, der Friedenswille der katholischen Kirche beleuchtet, wie auch das vollständige im Rahmen der nationalen Sozialdemokratie sich bewegende Verhalten der evangelischen Kirche scharf kritisiert. Die den Saal füllenden Zuhörer konnten gelöst, herzlich gestärkt und gestärkt in der idealen Sache des Sozialismus den Heimweg antreten.

Genosse Ador Schneider. Ein Opfer des Krieges wurde unser Genosse Ador Schneider. Er sah sich im „Stahlbad“ ein unheilbares Augenleiden an, dem er vorzeitig erliegen ist. Lange war der erst 40jährige aus Krankenbetel gefesselt und mit großer Ergebenheit trug er sein Schicksal. Alle Hoffnungen, daß er wieder genesen werde, erwies sich als trügerisch und sein Tod bedeutet für die Familie unseres braven Genossen, für die Gattin und die 5 Kinder sowie auch für die Partei einen herben Verlust. Viele Jahre gehörte Gen. Schneider der Sozialdemokratie an und trug seines Leidens nahm er regen Anteil an der Parteiliebe. Nun hat Schicksal Tod diesen ruhigen und treuen Genossen, dessen Andenken bei uns stets lebendig sein wird, uns allen entrisen. Wir eruchen unsere Parteimitglieder, zu der heute mittags stattfindenden Beerdigung sich zahlreich einzufinden.

Keine Erhöhung der Miete für Januar. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der mit Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 21. Oktober 1924 als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzte Hundertsatz von 75 Prozent der Friedensmiete in Goldmark hat bis jetzt eine Änderung nicht erfahren. Auch für den Monat Januar beträgt demnach die gesetzliche Miete 75 Prozent der Friedensmiete eines Monats in Reichsmark.

Sozialdem. Partei — Bezirk Weststadt. Die Bezirksversammlung am Mittwoch abend hatte einen besondern Besuch aufzuweisen in Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Gen. Reinmuth hielt ein vorzügliches Referat über die politische Lage. Er gab einen geschichtlichen Überblick über die Revolution im allgemeinen und kam dann auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse zu sprechen. Im weiteren Verlauf schilderte der Referent den Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, um dieselbe aus allen einflussreichen Stellen hinauszukompromittieren. Redner behandelte die Auswirkung der Politik eines Luther II. gegenüber dem Ausland und kam auf die Regierungskrise in Preußen zu sprechen, wobei die Stellung der Kommunisten die entsprechende Behandlung fand. Die bürgerlichen Parteien wollen die Futtertruppen in der deutschen Republik an sich reißen, um der schwarz-weiß-roten Allianz wieder in den Sattel zu helfen. Im Schluß des Referats befaßte Gen. Reinmuth noch organisatorische Fragen, wobei er besonders unsere Presse behandelte. Die Diskussion war eine rege und beteiligten sich an ihr die Gen. Weigener, Prof. Wilhelm, Runge, Gog, Schel. Das Schlußwort war kurz, aber begeistertes für alle Versammlungsteilnehmer.

Warnung vor einer Schwindelei. Unter dieser Spitzmarke erschien eine Zuschrift des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, in der vor einer Beteiligung an der Deutschen Schwerkrankenbeschädigten-Zielungshilfe gewarnt wird. Bessere Organisation scheidet uns eine längere Nachtigung, der wir folgendes entnehmen: Die Deutsche Schwerkrankenbeschädigten-Zielungshilfe sammelt keine Gelder, denn hierzu bedürfte sie der Genehmigung durch die Regierung, sie nicht unterstehende Mitglieder, wozu sie auf Grund des Vereinsgesetzes berechtigt ist. Die D.S.K.B. hat nie behauptet, mit dem Reichsbund irgend etwas zu tun zu haben, sie steht mit allen Kriegesbeschädigten-Organisationen auf freundschaftlichem Fuße und bezieht die Erfüllung einer der wichtigsten Forderungen des Kriegesbeschädigten-Programms. Die Gelächter und Neidhät unseres Unternehmens erweist man daraus, daß wir uns freiwillig einer amtlichen Kontrolle der ein- und ausgehenden Gelder unterwerfen haben.

St. Zielungshilfe-Vereinigung Weierfeld e. V. Die jährliche Generalversammlung im Saal der Vereinigung fand am letzten Sonntag vormittag im Saal der „Eiche“ statt. Die sehr wichtige Tagesordnung veranlaßte die Mitglieder, sich an der Versammlung zahlreich zu beteiligen. Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten — der alte Vorstand wurde wiedergewählt — kamen unter „Verschiedenes“ wichtige Punkte, wie die Werbung des Weierfeldergebietes, sowie der Bau einer Zugangstraße zur Sprache. Es wurde seitens der Mitglieder verlangt, der Vorstand möge bei den maßgebenden Stellen scharfsten Protest erheben und dafür sorgen, daß bei Festsetzung der Bebauungspläne des Weierfeldergebietes auch die Bauwilligen Mitglieder obiger Vereinigung hinzugezogen werden und nicht einfach eine Bauart verlangt wird, die irgend ein Architekt für gut hält, Außerdem...

verlangen sämtliche Bewohner und Gartenbesitzer, daß die Stadt eine Zugangsstraße bauen läßt, und zwar die Redarstraße zur Schwarzwaldbühne, denn der jetzige Feldweg als einziger Zugang ist derart, daß man im Schlamm versinkt. Auch die Beleuchtung dieses Weges, hauptsächlich unter der Brücke am Stephaniensbad, muß unbedingt eine Verbesserung erfahren. Die Mitglieder verlangen, daß der Stadtrat endlich einmal nach all diesen Mängeln sieht und dafür sorgt, daß die Redarstraße zur Schwarzwaldbühne im Interesse der Allgemeinheit ausgebaut wird. Die Bauarbeiten hat im letzten Jahre derartige Fortschritte gemacht, daß in kurzer Zeit ganze Straßen mit Häusern entstanden sind. In diesem Jahre dürfte voraussichtlich die Bauarbeiten noch größeren Umfang annehmen, vorausgesetzt, daß die Stadt Karlsruhe auch ihrerseits dazu beiträgt, die Bauarbeiten durch den Bau einer passierbaren Zugangstraße zu fördern.

Die Weltausstellung in Wembley. Aus den illustrierten und nichtillustrierten Berichten der Zeitungen und Tagesblätter unterhaltenden und belehrenden Inhaltes weiß man, was „Wembley“ bedeutet. Es war eine Ausstellung, die gewissermaßen ein Gesamtbild des britischen Weltreiches darstellte. Dieses Ziel ist, wenn auch nicht restlos, so doch weitgehend, erreicht worden. Die Zahl der Besucher jener Ausstellung war beinahe gerade aus Deutschland sehr gering. Was aber dort zu sehen war, können wir, wenigstens in den wesentlichen Teilen und in lebendiger Schilderung im Film schauen, der ab Samstag in den Badischen Lichtspielen gezeigt wird. Da kommt die Industrie aus der ganzen Welt zur Darstellung. Daneben sehen wir in typischen Gruppen die Völkervereinigung der verschiedensten Kolonien und Dominions, lernen deren Kultur, Wirtschaftlichen und Handel dieser Gebiete kennen. Auch die Volkssitten und Volksbelustigungen aus aller Welt ziehen an unserem Auge vorüber, wie natürlich die Ausstellung dem Vergnügungs- und Unterhaltungsbedürfnis der Besucher weitgehend Rechnung getragen hat. Da sehen wir dreifache Gesehnde, Gombans und Gombans in Reiterkunststücken und Löffelwerken und Sierkampf, daneben die Niesenachterbahn und das Niesenfeuerwerk. Die Beschäftigung im Film hat außerdem den Vorteil, daß der Niesenlärm dabei wegfällt und daß er auch nicht die Niesenummen kostet, wie Reise und Aufenthalt in Wembley. Ein zweiter Film: „Wie baue ich mir ein Radio“, wird sicherlich bei weitem den meisten Kreisen, besonders aber bei unserer technisch begabten Jugend lebhaftesten Anlang finden. Das ist doch — riesig — modern.

Turnspiele des Karlsruher Männerturnvereins hat sich am Sonntag abend in den Diensten der Rächthilfe gestellt. Mit der Durchführung des Programms einer Wohltätigkeitsveranstaltung im städtischen Konzerthaus hat sie einen vollen Erfolg errungen und dem Bad. Frauenverein sowie dem Verein Jugendhilfe eine wertvolle Hilfe zugunsten kranker erholungsbedürftiger Kinder geleistet. Die zahlreichen Besucher wurden durch einen mit innerlichem Erleben und prächtigen Ausdruck gesprochenen Vortrags über die Wege und Ziele der hohen kulturellen Aufgaben unserer deutschen Turnens in gute Stimmung für den Abend gebracht. In systematischen Aufbau wurde dann gezeigt, in welcher Höhe durch zielbewusstes Turnen Körperkultur erreicht und durch körperliches Ebnen, anmutige Formen und Gewandtheit sich auszeichnende Menschen erzogen werden können. Ohne kostspielige Geräte wird hier mit einfachen Hilfsmitteln und größtenteils auch ohne diese, in auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebauten, gymnastischen Leibesübungen männliche Kraft und weibliche Anmut dem Zuschauer vor Augen geführt. Daß der Karlsruher Männerturnverein hier ein gutes Stück auf dem Weg zu seinem großen idealen Ziele bereits fortgeschritten ist, davon legen die herrlichen Vorführungen, die schönen Gestalten der Turner und Turnerinnen ein glänzendes Zeugnis ab. Reicher Beifall, der auch zur Wiederholung der anmutigen Reigentänzerführung zwang, lohnte den Mitwirkenden ihr Können und zeigte, mit welchem Interesse die Besucher den Vorführungen folgten.

Maschinenbau des Arbeiterklub „Einigkeit“ Mühlburg e. V. Am Sonntag, 1. Februar, abends halb 7 Uhr, veranstaltet genannter Verein im Saal zu den „Drei Linden“ in Mühlburg einen großen Maskenball. Um gemütliche und lustige Stunden zu verleihen ist folgende humoristische Spiele werden eingeschoben, wie „Papierathleten“, „Die Hochzeit“ ufo. Also wer mal recht lustig und fidel sein will, geht am Sonntag 1. Februar, nach den „Drei Linden“ in Mühlburg zu den „Papierathleten“! Eintrittspreise sind stabilisiert, an der Abendkasse findet kein Aufschlag statt. Mitglieder 1 M., Nichtmitglieder, Herren 1,50 M., Damen 1 M. Ganz Mühlburg und Umgebung ist eingeladen und alle werden auf ihre Rechnung kommen.

Neubauarbeiten ab heute: Die Liebesbriefe der Baronin v. S. Nach langer Pause wieder ein Film. Ein interessanter Vorwurf, psychologisch sehr tief durchgearbeitet, glänzend ausgestattet, entzückende Aufnahme von der italienischen Riviera, kurz: ein außerordentlich geschmackvoll inszeniertes Salonkonversationsstück, das allen höheren Ansprüchen zu genügen vermag und mit dem die Freunde wiederbringen und neue erobern wird. Neben ihr allerhand neue Namen. Der Baron A. Bertone, der geizige Italiener M. Benassi, ausgelebte Typen, die ihre Rollen ausgezeichnet wiedergeben. — Im Vorprogramm einer der lustigsten Felly-Filme.

Schneebericht

Günstige Schneeverhältnisse im Hochschwarzwald

Am Sonntag, 30. Jan. (Preis-Verl.) Mühlbach Nacht und am Donnerstag sind in den oberen Teilen des Hochschwarzwaldes Schneefälle niedergegangen, die sich aber auf die Lagen von 1000 Meter an aufwärts beschränkten, während tiefere Schwarzwaldderegionen teils nassen Neuschnee, teils Regen besaßen.

Vorwärtsgründe: Starker Westwind, 0 Grad, Schneefall, ca. 15 Zentimeter Schneehöhe. — Heilberg: Nebel und Schneefall, 3 Grad, kalt, Neuschnee 10 Ztm., Gesamtschneehöhe 35 Ztm., Pulverhänge auf Harz. Skibahn bis Koblach sehr gut. — Fersengruben-Rasthaus: Seit gestern Schneefall, 3 Grad, kalt, 40 Ztm., Schneehöhe, trocken, feiner Pulverschnee auf hartgefrorenem Alt Schnee. Skibahn sehr gut. — Belsen: Schneehöhe 30 Ztm., 3 Grad, kalt, Schneefall, Skibahn bis 1000 Mtr. gut. — Halbe-Schauinsland: Nebel und Schneehöhe, 1/2 Grad, kalt, Nordwestwinde, 25 Ztm. Schneehöhe, 10 Ztm. pulbriger Neuschnee. Skibahn sehr gut.

Herren-Hüte / Mützen Schirme / Stücke / Schale Krawatten / Hosenträger Pelze: Außerst günstige Kaufgelegenheit! Theodor Zenker Kaiserstraße 61, gegenüber der Hochschule.

Karlsruher Polizeibericht vom 30. Januar

Anfälle. Ein 77 Jahre alter verheirateter Bierführer vom Stadteil Mühlburg wurde gestern vormittag beim Ueberfahren der Straßenbahngeleise bei der Kreuzung Müttls. und Abbeinstraße von einem Straßenbahnwagen angefahren, zu Boden geworfen und am Kopf und Schulter leicht verletzt. Der Besetzte wurde von dem Straßenbahnpersonal nach seiner Wohnung verbracht. — Bei einer Polizeistreife wurden 27 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen festgenommen. — Ferner wurden festgenommen ein lediger Kaufmann aus Rutenberg wegen Urkundenfälschung und Betrugs zur Strafverfolgung, ein 19 Jahre alter Hilfsarbeiter von hier wegen Urkundenfälschung.

Aufgefundenes Fahrrad. Auf dem polizeilichen Fundbüro befindet sich ein Herrenfahrrad Marke „Lug“, das von einem Diebstahl herrühren dürfte.

Zwei Betrüger traten am 28. ds. Mts. hier auf und besuchten Schwesternhäuser, wo sie vorwiegend ihre Vermittlung einer amerikanischen Kommission und durch ihre Vermittlung wurde von Hamburg aus Liebesbriefe gelang es ihnen, an die Schwestern ganz minderwertige Stoffe gegen hohe Preise abzugeben. Die Täter, ein Kaufmann von Dortmund und ein Kaufmann von Amsterdam, wurden wegen Betrugs festgenommen.

Valuta

nach dem Berliner Mitteltags vom 29. Januar 1925. In Auszahlung: Belgien 21.94 M per 100 belg. Fr.; Holland 109.25 M per 100 fl.; Spanien 60.06 M per 100 Pes.; Schweiz 81.05 M per 100 schw. Fr.; Italien 17.52 M per 100 Lire; England 20.132 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 118.16 M per 100 Kronen; Preuss. Reich 22.75 M per 100 frz. Fr.; Oesterreich 5.919 M per 100 000 Kronen; Neuhort 4.20 M per 1 Dollar; Slowakei 12.50 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag: Stürmische südwestliche Winde, Regenfälle, mild.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 33, gef. 2; Aehl 144, gef. 2; Murgau 312, gef. 5; Rannheim 196, gef. 10 Zentimeter.

Letzte Nachrichten Die preussische Krise

Während die Reichspresse meistens der Meinung ist, daß die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag heute nicht stattfinden werde, sind die „Germania“, das „Berliner Tagblatt“ und der „Vorwärts“ der Ansicht, daß eine Hinauschiebung der Wahlen nicht erfolgen werde. Das letztgenannte Blatt behauptet, daß die drei bisherigen Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten dahin übereingekommen seien, daß der preussische Ministerpräsident heute gewählt werden müsse. Die drei Parteien würden deshalb gegen einen Vertagungsantrag stimmen. Eine Annahme des Vertagungs-

antrages könne nur erfolgen, wenn außer den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auch die Kommunisten dagegen stimmen würden.

Die Haltung des Zentrums

Berlin, 30. Jan. (Eig. Funddienst.) Zu der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten schreibt heute morgen die „Germania“: „In dem bekannten Standpunkt der Zentrumsfraktion hat sich nichts geändert. Sie wird sich unter keinen Umständen an einer Rechtsregierung beteiligen oder einem der Reichsregierungen ähnlichen Gebilde die Wege ebnen. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion der leichtfertigen Politik der Deutschen Volkspartei nicht folgen kann und wird. Die Wählerchaft kann völlig darüber beruhigt sein, daß die preussische Landtagsfraktion ihre Entscheidung in vollem Bewußtsein der Verantwortung und Wahrung der Grundzüge der Zentrumspolitik treffen wird. Sie kann auch die Gewißheit haben, daß die Fraktion geschlossen auftritt.“

Wahl des hessischen Staatspräsidenten

Darmstadt, 29. Jan. Die Wahl der hessischen Staatspräsidenten verlief in zwei Wahlgängen erfolglos. Der frühere Staatspräsident Ulrich (Soz.), Kandidat der Linken, erhielt 32 Stimmen, der Minister des Innern v. Brenckmann (Ztr.), Kandidat der neuen Koalition (die allerdings noch nicht gebildet ist), 34 Stimmen und der Kandidat der Kommunisten, Dr. Gerner, 4 Stimmen. Da absolute Stimmenmehrheit erforderlich ist, war die Wahl erfolglos. Der Präsident vertagte die Wahl zuerst auf unbestimmte Zeit, beraumte alsdann aber die morgige Sitzung mit der heutigen Tagesordnung an, sobald die Wahl morgen fortgesetzt werden dürfte.

Ausperrung

Darmstadt, 30. Jan. (Eig. Funddienst.) Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie hat am Donnerstag beschlossen, ab Freitag die Holzarbeiter in Hessen-Kassel auszusperrern.

Auflösung der luxemburgischen Kammer

Die Blätter melden aus Luxemburg, daß das Kabinett gestern aufgelöst und allgemeine Neuwahlen angeordnet wurden, da keine Möglichkeit vorhanden war, ein neues Ministerium zu bilden, das sich auf eine sichere Mehrheit hätte stützen können. Wie erinnert, hatte die Ablehnung der Eisenbahnkoalition mit Belgien die Krise heraufbeschworen.

Die Tätigkeit des internationalen Gerichtshofes

Genf, 29. Jan. Anlässlich des dreißigjährigen Bestehens des internationalen Gerichtshofes, dessen Eröffnungssitzung am 30. Januar 1922 stattfand, veröffentlicht das Völkerbundsekretariat einen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Gerichtshofes. In den verflochtenen 3 Jahren hat der Ständige Internationale Gerichtshof 10 Gutachten ausgesprochen und 3 Urteile gefällt. Die wichtigsten von den behandelten Fällen

sind der englisch-französische Streitfall über die tunesische Staatsangehörigkeit, die Grenze im Tavorinagebiet, die Zuständigkeit der internationalen Arbeiterorganisation für die Landarbeitfragen, und von den Deutschland interessierenden Fällen die Entscheidung in der Wimbledon-Affäre, die Frage der deutschen Anlieber in Polen und die Frage der polnischen Staatsangehörigkeit.

Parteitag der englischen Liberalen

London, 30. Jan. (Eig. Funddienst.) Am Dienstag wurde der Parteitag der Liberalen, an dem 1800 Delegierte teilnahmen, durch kurze Reden von Aquith und Lloyd George eröffnet. Aquith erklärte sich bereit, trotz seiner Ernennung zum Lord, die Führung der Partei beizubehalten und Lloyd George laute seine Mitarbeit unter Aquith zu. Aquith müsse im Interesse der Parteieinheit die Führung behalten. Beide Führer schüttelten sich unter großem Beifall des Parteitages feierlich die Hände. Dann trat man in die eigentliche Behandlung der Aufgaben des Parteitages ein, ein neues Programm und ein neues Organisationsstatut zu schaffen.

Streit im Saargebiet

SPD, Saarbrücken, 29. Jan. (Eig. Drahtb.) Die Metallarbeiter haben am Mittwochabend für die Fertigindustrie des Saargebiets den Streik beschlossen. Die Arbeitgeber hatten den letzten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und waren nur bereit, in eine Lohnerhöhung einzumilligen, wenn damit zugleich ein Abbau des Achtstundentages erfolgen würde. Der Streik dürfte voraussichtlich auch auf die Schwerindustrie übergreifen.

S. M. in großer Generalsunform

Amsterdam, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In seinem 66. Geburtstag empfing der frühere deutsche Kaiser u. a. auch Vertreter der deutschen Reichsparteien. Er selbst erschien dabei in großer Generalsunform. Der Einlauf von Telegrammen auf dem Postamt in Doorn war so groß, daß mit verjährtem Personal gearbeitet werden mußte. — Die Dummheit sind also immer noch nicht alle geworden!

Die in 4 Hellen 30 Hg. die Helle (Vergleichungskosten haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reflektanzpreis berechnet).

Freie Turnerschaft. — Abteilung Südstadt. Heute abend 9 Uhr in der Volkshochschule Abteilungsvorversammlung. Der Vorsitz. **Freie Turnerschaft.** — Abt. Mühlburg. Heute abend 8 Uhr Abteilungsvorversammlung im Lokal mit wichtiger Tagesordnung. Anschließend gemütliches Besammeln, 964

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Gruppe Durlach. Sonntag 1. Febr. in Gröbningen (Oberrhein) vorm. 9 Uhr, Turnspielviertelkonferenz. Für jeden Verein besteht die Pflicht, einen Delegierten zu entsenden. **Bruchsal.** (Gesangverein Harmonie.) Samstag, den 31. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Ritzing Nag“ Generalsversammlung.

GROSSER

Schuh-Verkauf

ERFURTER RAHMEN-SCHUHE

Serie I	Serie II	Serie III
9⁷⁵	11⁵⁰	13⁵⁰

darunter befinden sich hochwertige Damen- und Herren-Schuhe und Stiefel in modernen Formen und Farben in Box-Calf — Lackleder — Chevreaux, zum Teil mit kleinen Fabrik-Fehlern, daher

weit unter Hersteller-Preis

Schuhhaus Ettlinger

Kaiserstraße 48

„Drei Linden“ Mühlburg!

Sonntag, den 1. Februar 1925

GROSSER

Masken-Ball

veranstaltet vom

Athletenklub „Einigkeit“ Mühlburg

E. V.

Saalöffnung 6¹⁷ Anfang 6⁵¹

Alles ist freundlichst eingeladen

Das Narrenkomitee!

FESTHALE

Sonntag, den 1. Februar 1925, nachmittags 1/2 Uhr

Ernstes und Heiteres.

Orchester-Vereinigung bad. Polizeimusiker, Leitung: Obermusikmeister J. Heisig, Eintritt Erwachsene 60 Pfg., Kinder 30 Pfg. Vorverkauf bei Stadtgartenkassier Bronner

COLOSSEUM

Täglich unter anderem ab 9.00 Uhr

MARGWILL der internationale Mimiker

B Einer sagt's dem andern, dass man in der

Badischen Kleiderzentrale

Zirkel 30 Karlsruhe Telphon 4120

Herren- u. Burschenbekleidung

am best. u. billigst. kauft. Streng reell, fachm. Bedienung.

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die

Inserenten dieser Zeitung.

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502

Ab heute

Großes Lustspiel-Doppelprogramm

Nr. 1

Matrose wider Willen

Groteske in 5 Akten

In der Hauptrolle: **Harold Lloyd**

Nr. 2

Fatty's Millionen

Lustspiel in 5 Akten

In der Hauptrolle: **Der bekannte Fatty**

